

BASEL FÜR ALLE

**FORDERUNGSKATALOG DER JUSO BASEL-STADT
2024**

BASEL FÜR ALLE

EIN BASEL FÜR ALLE, DAS IST UNSERE VISION.

DIE WAHLEN IM KANTON BASEL-STADT SIND FÜR UNS ALLE VON GROSSER WICHTIGKEIT. DIESE WAHLEN ENTSCHEIDEN, WELCHE POLITIK IN DEN NÄCHSTEN VIER JAHREN IM GROSSEN RAT GEMACHT WIRD. DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT IM PARLAMENT UND IN DER REGIERUNG HAT ES IN DEN LETZTEN VIER JAHREN VERPASST, SOZIALE POLITIK FÜR DIE 99% ZU MACHEN.

JUNGE MENSCHEN, GENAUSO WIE SOZIALISTISCHE POLITIK, SIND WEITERHIN KAUM VERTRETEN IM PARLAMENT. ES IST AN DER ZEIT, DASS AUCH WIR, DIE JUSO BASEL-STADT IM GROSSEN RAT VERTRETEN SIND.

WIR STEHEN FÜR EINE KONSEQUENT LINKE, KLIMAGERECHE UND QUEERFEMINISTISCHE POLITIK, DIE ALLE MENSCHEN IN UNSEREM KANTON MITNIMMT. WIR STELLEN UNS GEGEN DIE STEUERSENKUNGEN DER BÜRGERLICHEN, GEGEN DIE PARKPLATZPOLITIK DER FDP UND LDP UND GEGEN DEN RASSISMUS DER SVP.

WIR STEHEN EIN FÜR EIN BASEL FÜR ALLE MENSCHEN. EIN BASEL, DAS OPFER VON SEXUALISierter GEWALT SCHÜTZT. EIN BASEL, DAS SUPERREICHE ERB*INNEN ANGEMESSEN BESTEUERT. EIN BASEL, DAS SEINE STADT AUF HITZEWELLEN VORBEREITET, EINEN BEZAHLBAREN ÖFFENTLICHEN VERKEHR ANBIETET UND DIE KLIMAKRISE AKTIV BEKÄMPFT.

DABEI IST ES ZENTRAL, DASS AUCH ALLE MENSCHEN IN UNSEREM KANTON MITBESTIMMEN KÖNNEN. WIR STEHEN EIN FÜR EIN BASEL, IN DEM MENSCHEN OHNE SCHWEIZER PASS WÄHLEN UND ABSTIMMEN KÖNNEN. EIN BASEL, IN DEM SICH AUCH MENSCHEN MIT 16 JAHREN AN DER POLITIK BETEILIGEN KÖNNEN. EIN BASEL, DAS INKLUSION GROSSSCHREIBT UND BARRIEREN BESEITIGT. KURZ: EIN BASEL FÜR ALLE.

WIR VON DER JUSO BASEL-STADT KANDIDIEREN FÜR DEN GROSSEN RAT, UM ALL DIES UND VIELES MEHR ZU ERMÖGLICHEN. UNSERE THEMEN UND SCHWERPUNKTE HABEN WIR IN DIESEM MANIFEST FESTGEHALTEN.

MIT HOCHGESTECKTEN ZIELEN UND VISIONEN FÜR EIN SOZIALES BASEL STEIGEN WIR IN DIESEN WAHLKAMPF EIN. IM HERBST HEISST ES: JUSO BASEL-STADT AUF DER LISTE 5 WÄHLEN!

SOLIDARISCHE GRÜSSE

JUSO BASEL-STADT

INHALTSVERZEICHNIS

Basel für alle.....	1
Unsere Forderungen - zusammengefasst	4
Für ein klimafreundliches Basel - im Inland und im Ausland.....	11
Einleitung.....	11
Klimagerechtigkeit ernstnehmen.....	11
Umfassender Klimaschutz – die einzige Lösung	11
Kein Basler Geld für die Klimakrise dieser Welt	12
Stadtklima - entsiegeln, begrünen, bewahren und schliessen.....	12
Gemeinsam fürs Klima	13
Bildung.....	14
Einleitung.....	14
Volksschule & Chancengleichheit	14
Berufslehre & Berufsmaturität.....	15
Hochschulen & Ausbildungsbeiträge.....	16
Antirassismus und Migration	18
Allgemeines	18
Geflüchtete	18
Sans-Papiers.....	19
Queerfeminismus	21
Sexualisierte Gewalt.....	21
Queerfeministische Wirtschaft	22
TINA-Rechte.....	23
Schwangerschaftsabbrüche	25
Steuer- und Finanzpolitik.....	26
Soziale Finanzpolitik.....	26
Soziale Steuerpolitik.....	26
Barrierefreiheit und Rechte von Pflegebedürftigen	28
Barrierefreiheit	28
Rechte von Pflegebedürftigen	28
Recht auf Demonstrationen – gegen Repression und Kollektivstrafen	30
Einleitung.....	30
Polizeilicher Umgang mit Demonstrationen	30
Behördlicher/ verwaltungstechnischer Umgang mit Demonstrationen.....	31

Repression in Zusammenhang mit Fangewalt	32
Vision und nächste Schritte für Basel	32
Gesundheit.....	34
Einleitung.....	34
Soziale Finanzierung unseres Gesundheitssystems	34
Psychische Gesundheit	35
Diskriminierungsfreier Zugang zu medizinischer/psychologischer Behandlung	36
Jugendrechte	38
Kultur für alle	39
Einleitung.....	39
Zugänglichkeit Kultur	39
Kultur als Ort der Begegnung.....	40
Jugend- und Clubkultur.....	40
Ökonomische Situation Kulturschaffende	40
Öffentlicher Verkehr	42
Verkehrsverlagerung.....	42
Tramnetz.....	42
S-Bahn.....	43
Finanzierung	43
Barrierefreiheit	43
Betriebsstruktur und Arbeitsbedingungen.....	44

UNSERE FORDERUNGEN - ZUSAMMENGEFASST

FÜR EIN KLIMAFREUNDLICHES BASEL - IM INLAND UND IM AUSLAND

WIR FORDERN:

- dass Basel nicht nur dafür sorgt, dass der Kanton bis 2037 bei netto-null ist, sondern sich auch dafür stark macht, dass die Klimaziele global eingehalten werden.
- eine transparente Darlegung der kantonalen Emissionen und der kantonalen grauen Emissionen von importierten Gütern.
- das Errichten von Standards zur Erreichung des netto-null Ziels, an denen sich Unternehmen orientieren können.
- das Herausgeben eines digitalen Buchhaltungstools für Treibhausgase.
- ein Verbot aller klimaschädlichen Investitionen Basler Unternehmen, Banken und Pensionskassen ins Ausland.
- dass Basler Konzerne für die durch ihre Produkte und Bewirtschaftung verursachten Schäden vollumfänglich haften.
- verpflichtende Umweltstandards für ausländische Aktivitäten von Basler Unternehmen und deren Tochterunternehmen.
- dass die Basler Regierung sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass die Schweiz zumindest die europäische Konzernverantwortungsrichtlinie übernimmt.
- die konsequente Entsiegelung und Begrünung des Kantons analog der Stadtklima-Initiativen ungeachtet der Anzahl Parkplätze, die aufgehoben werden müssten.
- ein klares Nein zum Rheintunnel, der schlichtweg zu Mehrverkehr und damit mehr THG-Emissionen führen und noch dazu der dortigen Quartierbevölkerung massiv schaden wird.
- ein sicheres Basel für Velo, Fussgänger*innen und ÖV durch einen flächendeckenden Ausbau von Velofahrbahnen und des ÖV-Angebots.
- autofreie Wohnquartiere in Basel.
- die Schliessung des Euroairports.

BILDUNG

WIR FORDERN:

- dass Noten in der Primarschule abgeschafft und die Differenzierung in Leistungszüge in der Sekundarstufe 1 aufgelöst werden. Stattdessen soll, wie es der Lehrplan 21 verlangt, tatsächlich kompetenzorientiert unterrichtet werden.
- ein ausreichendes ausserschulisches und kostenfreies Angebot zur Förderung von akademischen, motorischen, kognitiven, sozialen, sprachlichen, emotionalen, musikalischen und kulturellen Kompetenzen für alle Kinder sowie Angebote zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung.
- eine Ausweitung von Frühförderungsangeboten.

- eine Reduktion der Lektionenanzahl in der Jahresarbeitszeit.
- eine Reduktion der Pflichtlektionenzahl.
- einen kantonalen Mindestlohn für Lernende.
- Massnahmen gegen Unterforderung von Lernenden im Betrieb und gegen einen übermässigen Anteil berufsfremder Arbeiten.
- mindestens 7 Wochen Ferien für Lernende.
- eine verbesserte Aufklärung der Lernenden über ihre Rechte.
- demokratisch gewählte Kontrollgremien, zusammengesetzt aus Lernenden, Gewerkschaften und Staat, die die Erhaltung guter Arbeits- und Bildungsstandards für Lernende kontrollieren.
- dass alle, die die Anforderungen erfüllen, die BM absolvieren dürfen.
- dass Stipendien und Ausbildungszulagen auch für Personen in Teilzeitanstellung zur Verfügung stehen.
- die Abschaffung der Studiengebühren an allen Basler Hochschulen und Hochschulen, die von Basel-Stadt mitgetragen werden.
- die Entlohnung von verpflichtenden Hochschulpraktika.
- die Erhöhung der Stipendien und Ausbildungsbeiträge.
- das Senken der Hürden, um Stipendien und Ausbildungsbeiträge zu erhalten.
- die starke Erweiterung der beitragsberechtigten Ausbildungen, Zweitausbildungen, Weiterbildungen und Umschulungen.
- keine Verzinsung der Ausbildungsbeiträge in Form von Darlehen.

ANTIRASSISMUS UND MIGRATION

WIR FORDERN:

- flächendeckende obligatorische Antirassismus-Trainings in Schulen.
- verpflichtende Antirassismus-Trainings für Angestellte mit Klient*innenkontakt (bspw. Lehrpersonen, Verwaltungsmitarbeitende, Mitarbeitende der Sozialhilfe).
- die Erarbeitung eines Anti-Racial Profiling Konzepts und damit verbundene Schulungen in der Basler Polizei.
- die Übernahme der Kosten für eine Verdolmetschung einer Psychotherapie durch die Grundversicherung der Krankenkassen.
- das aktive Wahlrecht für alle Einwohner*innen Basels, wie der Grosse Rat das schon fordert, und auch das passive Wahlrecht für alle Einwohner*innen Basels.
- dass die Gewaltvorfälle im BAZ Bässlergut aufgearbeitet werden und der ORS-Gruppe und der Securitas AG das Mandat beim Bässlergut entzogen wird.
- dass das bestehende Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung in Bundesasylzentren konsequent umgesetzt wird.
- die Einhaltung der Pflicht des sicheren und würdevollen Aufenthalts: Sicherheit für Asylsuchende, vor allem minderjährige, gute Hygienebedingungen und genug Platz für Geflüchtete im Asylzentrum.
- ein Mechanismus zur Erkennung von Sonderbedürfnissen für einzelne Geflüchtete.
- eine Stärkung der nicht-staatlichen Beratungs- und Anlaufstellen für Sans-Papiers.

- eine Haltung der Basler Behörden und Polizei, die die Interaktion von Sans-Papiers mit ihnen ermöglicht, ähnlich wie die “free in, free out” Politik der Behörden in Amsterdam.
- eine Vereinfachung der Kriterien, um sich für eine Härtefallbewilligung zu qualifizieren, bspw. durch die Senkung der finanziellen Hürden.
- die Vereinfachung der Verfahren bei Härtefallbewilligungen.
- dass der Kanton darauf hinarbeitet, die volle Regularisierung der Sans-Papiers Bevölkerung in Basel-Stadt zu erreichen.

QUEERFEMINISMUS

WIR FORDERN:

- die Erhöhung der finanziellen Unterstützung der Stiftung Frauenhaus.
- das Erschaffen eines zum Frauenhaus ähnlichen Schutzortes für männliche Gewaltopfer.
- keine geschlechtergetrennten Volksschulunterrichtselemente.
- dass das Thema Consent und die eigene Rolle bei Consent ein verpflichtendes Thema des Volksschulunterrichts wird.
- die Sensibilisierung von allen Verwaltungsebenen, von Justiz und von der Polizei über den Umgang mit Situationen und Opfern von sexualisierter Gewalt.
- dass Catcalling als auch Cyberhatespeech als Tatbestand angesehen werden, im Sexualstrafgesetz aufgenommen werden und entsprechend bestraft werden.
- dass sich Basel-Stadt für eine nationale Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn einsetzt.
- dass Basel-Stadt auf kantonaler Ebene eine Arbeitszeitverkürzung einführt.
- dass menstruierende Personen in Basel-Stadt aufgrund von Periodenschmerzen eine gewisse Anzahl an Tagen entschuldigt fehlen können, ohne Einbussen des Lohnes.
- eine Enttabuisierung der Periode sowie der Periodenschmerzen.
- den Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln.
- dass der Kanton Basel-Stadt die unbezahlte Care-Arbeit entlohnt, die im Kanton verrichtet wird.
- dass der Kanton Basel-Stadt für Kantonsangestellte eine Elternzeit von einem Jahr einführt, die unter den Partner*innen flexibel aufteilbar ist.
- dass sich der Kanton Basel-Stadt auf Bundesebene für eine eidgenössische Elternzeit für alle von einem Jahr einsetzt, die unter den Partner*innen flexibel aufteilbar ist.
- dass die Kantonsregierung sich auf nationaler Ebene für einen dritten Geschlechtseintrag einsetzt.
- dass die Kantonsregierung für die kantonale Arbeit einen dritten Geschlechtseintrag einführt, insofern dies in ihrer Kompetenz liegt.
- dass die Kantonsregierung eine liberale, nach Selbstbestimmung orientierte und kostenfreie Praxis bei dem Ändern des Geschlechtseintrags und des Namens in der behördlichen Arbeit führt.
- dass die Vielfalt der Geschlechter und Sexualitäten ein verpflichtendes Element des Volksschulaufklärungsunterrichts wird.

- dass sich Basel-Stadt für eine umfassende Gleichberechtigung einsetzt und dazu beiträgt, dass Daten über Diskriminierungsmeldungen von TINA-Personen in Basel-Stadt aufgenommen und übersichtlich dargestellt werden.
- dass es eine kantonale Meldestelle gibt, bei welcher sich TINA-Personen im Falle von Diskriminierung am Arbeitsplatz melden können.
- dass Basel-Stadt Sicherheit für TINA-Personen am Arbeitsplatz garantiert.
- dass es in Basel-Stadt nach einem Schwangerschaftsabbruch eine bessere Nachsorge gibt und dass Menschen, die abtreiben, auch noch nach der Abtreibung ärztlich betreut werden.
- einen einfacheren und barrierefreien Zugang zu Informationen über Abtreibung.
- dass das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in die Kantonsverfassung festgehalten wird.
- dass alle Spitäler in Basel-Stadt Schwangerschaftsabbrüche anbieten müssen.

STEUER- UND FINANZPOLITIK

WIR FORDERN:

- ein Vorkaufsrecht auf Boden und Immobilien für den Kanton Basel-Stadt.
- das Schaffen von mehr Wohnraum durch den Kanton und das Einführen der Kostenmiete für alle Wohnungen und Immobilien des Kantons.
- die Wiedereingliederung von staatsnahen Betrieben, wie die BVB.
- die Einführung einer Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften.
- eine Wiederherstellung des mittleren und oberen Steuersatzes, der 2019 in der Abstimmung über die Topverdienersteuerinitiative eingeführt wurde und im Steuersenkungspaket 2023 wieder gesenkt wurde.
- dass die Mehreinnahmen durch die OECD-Mindeststeuer nicht wieder an die grossen Konzerne zurückbezahlt werden und denjenigen Ländern zugutekommen, die diese Profite erarbeitet haben.
- die Abschaffung der Teilbesteuerung von Zinsen und Dividenden.

BARRIEREFREIHEIT UND RECHTE VON PFLEGEBEDÜRFTIGEN

WIR FORDERN:

- eine rasante Beschleunigung der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes 2004 auf jedes einzelne Element der öffentlichen Infrastruktur und des öffentlichen Verkehrs.
- den Abbau der Hürden, die den Zugang zu medizinischer Versorgung für physisch und psychisch beeinträchtigten Personen erschweren.
- Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit in den Volksschulen.
- einen barrierefreien Zugang zu Kultur; zugängliche Freizeitmöglichkeiten und Rückzugsmöglichkeiten bei Veranstaltungen.
- eine kantonale Offensive, um Übergriffe auf pflegebedürftige Personen zu verhindern.
- kantonale Aufklärungsarbeit über das Phänomen Gewalt gegen Pflegebedürftige.

- eine offizielle kantonale Anlaufstelle, an die sich Opfer oder Vermutende wenden können.

DEMONSTRATIONSRECHT UND REPRESSION

WIR FORDERN:

- ein Verbot des Einsatzes von Gummischrot und eine äusserst restriktive Anwendung anderer polizeilicher Gewaltmittel, welche lediglich bei Gefahr für Leib und Leben und unter strikter Beachtung der Verhältnismässigkeit zum Einsatz kommen sollten.
- die Basler Kantonspolizei dazu auf, die rechtsstaatlichen Prinzipien in Bezug auf Demonstrationen einzuhalten und ihre Aufgabe, den Schutz der Menschen und deren Grundrechte, wahrzunehmen.
- einen Systemwechsel: Die Bewilligungspflicht bei Demonstrationen soll abgeschafft und durch eine Anmeldepflicht ersetzt werden.
- den Verzicht auf unnötige Massnahmen gegen Fangewalt wie Sektorsperrungen und personalisierte Tickets und wir warnen die Regierungsrätin Stephanie Eymann davor, das gescheiterte Hooligan-Konkordat erneut auf den Tisch zu bringen.

GESUNDHEIT

WIR FORDERN:

- drastische Lohnerhöhungen für medizinisches Personal, vor allem für Pflegende.
- strengere Einhaltung der Ruhezeiten für medizinisches Personal. Dies soll durch Spitäler umsetzbar gestaltet werden und der Kanton soll dies sicherstellen und beaufsichtigen.
- eine Abschaffung der Ausbildungsgebühren für medizinisches Personal.
- klar definierte Massnahmen, um medizinisches Personal gegen Gewalt und sexualisierte Gewalt zu schützen.
- dass es in der Pflege genug Berufsbildner*innen gibt und genügend Personal pro Schicht, um die Qualität der Auszubildenden zu gewährleisten.
- weitere Massnahmen des Kantons, um die Prämien zu senken.
- dass der Kanton sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass tiefere Tarife und Arzneimittelpreise verhandelt werden.
- dass der Kanton sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass eine schweizweite, einheitliche und öffentliche Gesundheitskasse eingeführt wird.
- dass der Kanton das Monopol der Pharmaindustrie mit einem staatlichen und an nachhaltigen Werten orientierten Gremium durchbricht.
- eine kantonal organisierte Kontaktplattform für Psycholog*innen, Psychotherapeut*innen und Psychiater*innen, wo Personen niederschwellig Zugang zu der für ihr Anliegen richtigen Fachperson erhalten und dabei bereits eine Triage stattfinden kann.

- dass der Kanton sicherstellt, dass an den Schulen, Kindergärten und weiteren Schulen genügend auf psychische Erkrankungen sensibilisiert wird.
- dass der Kanton sicherstellt, dass sich die Wartezeiten beim Schulpsychologischen Dienst auf Maximum eine Woche beschränken. Das heisst auch, mehr Arbeitsstellen zu schaffen und das Konzept agiler zu gestalten.
- dass ein Rahmen geschaffen wird, wo alle Menschen aufgefordert werden, einmal pro Jahr einen psychologischen Check wahrzunehmen und dieser auch vom Kanton bezahlt wird.
- dass bei allen medizinischen Studien, welche auch Menschen mit Uterus betreffen, diese in der Studie integriert sind.
- dass während der Einführung für neues Personal im Spital/sonstige medizinische Einrichtung stark auf die Diskriminierung von FLINTAs, BIPoC und LGBTQIA+ Personen sensibilisiert wird.
- dass die Studien bzgl. rassistischer Diskriminierung ernstgenommen werden und der Faktor *race* nicht ohne Weiteres, oder nur mit starker Begründung und Einwilligung der Patient*innen benutzt werden darf.
- dass Menschen in Asylunterkünften bei Bedarfsäusserung innerhalb eines Tages von einer medizinischen Fachperson gesehen werden. Dies beinhaltet auch psychische/psychiatrische Symptomaten.
- dass FLINTAs und Kinder in Asylunterkünften nicht mit Männern einen Raum teilen müssen und dass sie konsequent vor Übergriffen geschützt werden.
- dass in Asylunterkünften uneingeschränkt, bzw. gemäss geäussertem Bedarf Hygieneartikel zur Verfügung gestellt werden und die Ausgabe von medizinischem Fachpersonal (MPA, FaGe etc.) unterstützt wird und bei Bedarf auch Beratung stattfindet.
- dass in Asylunterkünften stets die Möglichkeit zu Dolmetschdiensten sichergestellt ist.

JUGENDRECHTE

WIR FORDERN:

- eine sofortige Ausweitung des aktiven Wahl- und Stimmrechts auf 16 Jahre.
- eine sofortige Ausweitung des passiven Wahl- und Stimmrechts auf 16 Jahre.
- die Einführung eines Jugendvorstosses für das Jugendparlament des Kantons Basel-Stadt.
- die Erweiterung des schulischen Angebots für mehr politische Bildung.
- dass die Hürden für die Beteiligung am politischen System gesenkt werden, um eine aktive Teilnahme von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern.

KULTUR FÜR ALLE

WIR FORDERN:

- die Stärkung der sozialen Nachhaltigkeit im Bereich der Zugänglichkeit von Kulturinstitutionen und -projekten.

- bessere Information, Kommunikation und Zugang zu Ermässigungsangeboten, wie der Kulturlegi.
- die Stärkung und das Sichtbarmachen von barrierefreien Angeboten sowie Unterstützung von Projekten und Institutionen im kulturellen Bereich, welche diese Ziele verfolgen.
- die Schaffung von teilhabeorientierten Fördergefässen.
- eine Kultur(förder)strategie, welche partizipativ und unter Einbezug der Bevölkerung und der gesamten Kulturakteur*innen im Kanton erarbeitet wird.
- die gezielte Unterstützung und Förderung von Projekten/Institutionen, welche partizipative und diversitätsorientierte Prozesse auf allen Ebenen anstreben.
- eine stärkere Förderung von inklusiven Angeboten im Bereich der Kultur.
- öffentliche Räume, welche ohne Profitlogik agieren.
- die gezielte Schaffung und Förderung von Freiräumen ohne Konsumzwang.
- die Beachtung von kulturellem Freiraum bei der Planung und Umnutzung von Arealen, welche dem Kanton gehören.
- die Schaffung von Räumen für Jugendkultur (für Konsumierende und Künstler*innen).
- die Stärkung der Nachwuchsförderung.
- die Weiterführung und finanzielle Stärkung von Angeboten in der Jugendkultur.
- die Stärkung und Sicherung der Clubförderung.
- die Anerkennung von Kultur als Beruf.
- eine Existenzsichernde Förderung von Kulturschaffen in allen Sparten.
- die Stärkung von Beratungsangeboten.
- eine Sensibilisierung auf das Berufsleben in der Ausbildung.
- Monitoring des freien Kulturschaffens.
- neutrale Meldestellen und kostenfreie Rechtsberatung für Kulturschaffende.

ÖFFENTLICHER VERKEHR

WIR FORDERN:

- den Aus- und Umbau der Netze von Tram, Bus und S-Bahn, orientiert an den Bedürfnissen der Menschen.
- tiefere, auch für untere Einkommensschichten bezahlbare Billetpreise.
- langfristig den Gratis-ÖV.
- einen barrierefreien ÖV.
- die Wiedereingliederung der BVB in die kantonale Verwaltung, und damit verbunden Verbesserungen der Löhne und Arbeitsbedingungen für das Personal.

FÜR EIN KLIMAFREUNDLICHES BASEL - IM INLAND UND IM AUSLAND

Einleitung

Die Klimakrise schreitet weiter voran. Die Auswirkungen dieser Krise zeigen sich inzwischen in Form von Hitzewellen, Starkniederschlägen, Überschwemmungen und Erdbeben auch schon in der Schweiz. Diese Phänomene sind nachweislich eine Folge der Klimaerhitzung. Jede Treibhausgasemission, die nicht ausgestossen wird, jedes Zehntel-Grad, um welches sich die Atmosphäre nicht weiter erhitzt und jede Klimaanpassungs-Massnahme, die schnellstmöglich greift, kann die Menschheit vor weiterer Verwüstung schützen.

Klimagerechtigkeit ernstnehmen

Vor zwei Jahren sagte das Basler Stimmvolk in einer historischen Abstimmung JA zur Klimaneutralität bis 2037. Diesen Verfassungsauftrag scheint der Kanton insofern sehr ernst zu nehmen, als dass verschiedene Massnahmen angepackt werden, die eine grosse, kantonale Auswirkung haben (bspw. Solaroffensive oder Ausbau der Elektroladestationen). Doch die Klimagerechtigkeits-Initiative, die ursprünglich Netto-Null 2030 forderte, ging bewusst noch weiter und forderte eine [“umfassende Klimagerechtigkeit”](#), auch im internationalen Sinne. Wir sind keine Insel und schon gar nicht frei von historischer Schuld. Unsere Ausbeutung des Globalen Südens trug massgeblich zur Klimaerhitzung bei und tut dies immer noch. Insbesondere auch die Investitionen hiesiger Konzerne und Finanzinstitutionen. Insofern tragen wir eine historische Schuld und müssen auch hier pionierhaft vorgehen. Dies berücksichtigt die Politik in ihrer Umsetzung der Klimagerechtigkeits-Initiative resp. dessen Gegenvorschlag zu wenig.

Wir fordern, dass Basel nicht nur dafür sorgt, dass der Kanton bis 2037 bei netto-null ist, sondern sich auch dafür stark macht, dass die Klimaziele global eingehalten werden. Hierfür müssen Massnahmen von internationaler Wirkung getroffen und umgesetzt werden.

Umfassender Klimaschutz – die einzige Lösung

Das Erreichen von netto-null Treibhausgasen ist nicht zu verfehlen, da sind wir kompromisslos. Das liegt an der Natur der Sache – die Klimaerhitzung hört erst auf, wenn wir die Treibhausgasanreicherung in der Atmosphäre stoppen und auf ein vorindustrielles Level zurückbringen. Das ist ein grosser Auftrag für die Gesellschaft – ohne diesen wird es aber immer heisser und schon 3-4 Grad Erderwärmung werden katastrophale Folgen haben.

Dies ist ausserdem ein guter Moment, um daran zu erinnern: Klimaschutz ist 6-mal günstiger als die Schäden auszusitzen und/oder zu beheben versuchen. Daher kann die Frage nach Kosten des Klimaschutzes vernachlässigt werden, so gute Rendite findet man nicht am Aktienmarkt.

Was bedeutet das für die Wirtschaft in Basel? Die Wirtschaft muss in allen Branchen und Sektoren netto-null anpeilen. Dazu muss Transparenz der kantonalen Emissionen und der

grauen Emissionen von importierten Gütern geschaffen werden. So können zwischen den Unternehmen Erfahrungen geteilt werden. Nur durch das Schaffen von Transparenz können wir überhaupt ein netto-null Ziel erreichen.

Um das netto-null Ziel zu erreichen und um konsequent gegen die Klimakrise vorzugehen, fordern wir:

- **eine transparente Darlegung der kantonalen Emissionen und der kantonalen grauen Emissionen von importierten Gütern.**
- **das Errichten von Standards zur Erreichung des netto-null Ziels, an denen sich Unternehmen orientieren können.**
- **das Herausgeben eines digitalen Buchhaltungstools für Treibhausgase.**

Kein Basler Geld für die Klimakrise dieser Welt

Wie im ersten Kapitel angetönt ist die Klimakrise ein globales Phänomen, an dem sich unser Land und unser Kanton nicht nur im Inland beteiligt, sondern das durch Schweizer Milliardeninvestitionen international stark angekurbelt wird. So sehr beteiligt sich der Schweizer Finanzplatz an internationalen klimaschädlichen Investitionen, dass seine Ausland-Investitionen Emissionen erschaffen, die bis 20-mal grösser sind als unsere Inlandemissionen. Basler Grossunternehmen sind aber nicht nur mit Investitionen an Klimaschäden beteiligt. Am Beispiel Syngenta sieht man ein diverses Portfolio an klimaschädlichen Aktivitäten, sei es die Verwüstung des Ökosystems mit Pestiziden oder die Vergiftung von Trinkwasserquellen.

Es ist längst an der Zeit, unsere international tätigen Unternehmen in Sachen Klimaschutz in die Verantwortung zu ziehen. Die EU hat bereits etwas Fortschritt gemacht, und im Mai eine europaweite Konzernverantwortungsrichtlinie (Lieferketten-Gesetz) verabschiedet. Die Schweiz und Basel-Stadt hinken hinterher; ohne jeglichen Handlungsplan, um Konzernverantwortung für Unternehmen mit Schweizer Sitz zu verstärken.

Für einen international solidarischen und wirksamen Klimaschutz und um die Ausbeutung des Globalen Südens einzudämmen, fordern wir:

- **ein Verbot aller klimaschädlichen Investitionen Basler Unternehmen, Banken und Pensionskassen ins Ausland.**
- **dass Basler Konzerne für die durch ihre Produkte und Bewirtschaftung verursachten Schäden vollumfänglich haften.**
- **verpflichtende Umweltstandards für ausländische Aktivitäten von Basler Unternehmen und deren Tochterunternehmen.**
- **dass die Basler Regierung sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass die Schweiz zumindest die europäische Konzernverantwortungsrichtlinie übernimmt.**

Stadtklima - entsiegeln, begrünen, bewahren und schliessen

Hitzesommer und Überschwemmungen; beides sind Folgen der Klimaerwärmung, die einerseits nicht genügend bekämpft wird, andererseits auch Konsequenzen verschlafener Stadtplanung sind. Wir begrüßen zwar die Projekte zur Schwammstadt und andere angerissene Ideen -

allesamt haben aber Potential zum Papiertiger. Auch wenn die Angstkampagne der Gegner*innen der Stadtklima-Initiativen verfliegen ist, bleibt klar, dass mehr Bäume und mehr Entsiegelung für mehr Abkühlung und Durchlüftung ein radikales Projekt der Gegenwart sein muss. Bauliche Schandtaten wie der Meret-Oppenheimer-Platz müssen endlich der Vergangenheit angehören! Zum Kampf für ein gutes Stadtklima und eine zukunftsorientierte, ökologische Stadtplanung gehört aber auch der Widerstand gegen Grossprojekte wie den (Aus-)Bau des Euroairports oder des Rheintunnels, die eigentlich nur noch in den Köpfen der Röstis in diesem Land existieren (sollten). Vielmehr muss der nicht-motorisierte Verkehr massiv gefördert werden. So unterstützen wir die "[Initiative für sichere Velorouten](#)", die bereits eingereicht wurde. Mit der Förderung des nicht-motorisierten Verkehrs muss auch der Abbau des motorisierten Verkehrs erfolgen. Unsere Stadt-Infrastruktur ist stark auf Autos ausgelegt, und dies obwohl nur eine Minderheit der Einwohner*innen Basels regelmässig mit dem Auto unterwegs ist. Die vielen Autos in der Stadt belasten Klima, Gesundheit, Lärm und Temperatur, und die grosszügig ausgeprägte Autoinfrastruktur ist im Vergleich zu Velos und ÖV ineffizient und nimmt Platz weg, der für Grün- oder Freizeitflächen benutzt werden könnte.

Für ein gesundes Stadtklima und für einen Kanton, der Klimaneutralität auch bei (inter-)nationalen Grossprojekten ernst nimmt, fordern wir:

- **die konsequente Entsiegelung und Begrünung des Kantons analog der [Stadtklima-Initiativen](#), ungeachtet der Anzahl Parkplätze, die aufgehoben werden müssten.**
- **ein klares Nein zum Rheintunnel, der schlichtweg zu Mehrverkehr und damit mehr THG-Emissionen führen und noch dazu der dortigen Quartierbevölkerung massiv schaden wird.**
- **ein sicheres Basel für Velo, Fussgänger*innen und ÖV durch einen flächendeckenden Ausbau von Velofahrbahnen und des ÖV-Angebots.**
- **autofreie Wohnquartiere in Basel.**
- **die Schliessung des Euroairports.**

Gemeinsam fürs Klima

Die JUSO Basel-Stadt unterstützt ausserdem das [Forderungspaket](#) der Bewegung Basel2030 vollumfänglich. Hervorzuheben ist dabei die Forderung eines Klimarates. Dieser Idee nimmt sich die JUSO im Rahmen ihrer nationalen "[Initiative für eine Zukunft](#)" an, wenn es darum geht, über die partizipative Verteilung der damit für Klimaschutzmassnahmen rückzuverteilenden Gelder zu entscheiden. Nur wenn Klimaschutz als gemeinsames und partizipatives Projekt angegangen und der transformative Charakter ("System Change") anerkannt wird, kann eine freie und klimaneutrale Zukunft erreicht werden.

BILDUNG

Einleitung

Unser Bildungssystem steht unter Angriff. Über alle Stufen, alle Ausbildungswege und alle Altersgruppen hinaus wird die Chancengerechtigkeit geschwächt und die persönlichen Ressourcen oder die Ressourcen des Elternhauses werden immer mehr zum entscheidenden Erfolgsfaktor, obwohl alle ein Grundrecht auf Bildung haben. Der Kanton Basel-Stadt deutet an, dass sie die Chancengerechtigkeit fördern wollen, bspw. durch Reformen, um ein inklusives Schulsystem zu fördern. Es ist aber anhand der steigenden Kosten, der schwächeren Chancengerechtigkeit und der wachsenden Proteststimmen aus etlichen Bildungsbereichen klar, dass diese Reformen ungenügend sind. Der Staat muss die Bildung priorisieren, es ist ein Grundrecht und ohne gute und attraktive Ausbildung drohen etliche gesellschaftliche Krisen, wie etwa Fachkräftemangel. Es braucht starke Änderungen, um eine faire Ausbildung und eine echte Chancengerechtigkeit zu erreichen.

Volksschule & Chancengleichheit

Das Schweizer Bildungssystem weist bis heute noch keine vollständige Chancengerechtigkeit auf. Verantwortlich dafür ist teilweise das Bildungssystem der Schweiz selbst.

Durch die leistungsbezogene Selektion und die Allokationsfunktion der Volksschule, behindert das System die vollständige Inklusion und tatsächliche Chancengerechtigkeit.

Dies zeigt sich in Basel-Stadt folgendermassen: Die leistungsbezogene Selektion in die Niveaüzüge der Sekundarschule stellen eine Gefahr für Chancengerechtigkeit dar. So zeigt sich im Zahlenspiegel 2022/23 des Erziehungsdepartements, dass die Anzahl der Schüler*innen mit Schweizer Staatsangehörigkeit in den höheren Leistungszügen deutlich höher ist als jener mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Zudem sagen die Statistiken aus, dass Schüler*innen deutschsprachiger Herkunft deutlich höher in den höheren Niveaüzügen vertreten sind als Schüler*innen mit fremdsprachiger Herkunft.

Durch die leistungsbezogene Selektions- und Allokationsfunktion und durch die nicht vorhandene Chancengerechtigkeit schaffen das Bildungssystem und die Basler Volkshochschule Ungleichheit. Bildungsungleichheit, die sich (verkürzt gesagt) direkt in soziale Ungleichheit ummünzen lässt.

Aus diesem Grund ist es notwendig, einen Systemwechsel im Bildungswesen durchzuführen. Wir wollen ein inklusives Schulsystem, dass Schüler*innen nicht auf ihre Leistungen reduziert, ein Schulsystem, das chancengerecht ist und Schüler*innen nicht aufgrund ihrer (sozialen) Herkunft, ihres Geschlechts oder weiteren Differenzkategorien benachteiligt/ bevorzugt.

Konkret fordern wir deshalb, dass Noten in der Primarschule abgeschafft und die Differenzierung in Leistungszüge in der Sekundarstufe 1 aufgelöst werden. Stattdessen soll, wie es der Lehrplan 21 verlangt, tatsächlich kompetenzorientiert unterrichtet werden. Nur so entsteht ein inklusives, gerechtes Bildungssystem, das gleiche Chancen für alle bietet.

Ein weiteres Hindernis für ein chancengerechtes System ist die noch mangelnde Frühförderung, sowie die mangelnde Förderung durch ausserschulische Förderangebote, die für Kinder aus Haushalten mit geringeren Ressourcen entscheidend sein können. Die grösstmögliche Chancengerechtigkeit kann durch Investitionen in die Frühförderung gewährt werden. Um die Chancengerechtigkeit zu verstärken, **fordern wir ein ausreichendes ausserschulisches und kostenfreies Angebot zur Förderung von akademischen, motorischen, kognitiven, sozialen, sprachlichen, emotionalen, musikalischen und kulturellen Kompetenzen für alle Kinder sowie Angebote zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung. Zudem fordern wir eine Ausweitung von Frühförderungsangeboten.**

Ein inklusives, chancengerechtes Schulsystem ist aber nur umsetzbar, wenn darin Arbeitsbedingungen herrschen, die Lehr- und Fachpersonen auch inklusiv arbeiten lassen. Hierfür schliessen wir uns den **Forderungen des VPOD Region Basel** im Zusammenhang der Weiterentwicklung der inklusiven Schule an. **Darüber hinaus fordern wir eine Reduktion der Lektionenanzahl in der Jahresarbeitszeit:** Die ausserunterrichtlichen Aufgaben haben auf allen Stufen der Volksschule zugenommen. Seien es administrative Aufgaben, Elternarbeit oder die individuelle Beratung und Betreuung von Schüler*innen. **Dies soll in der Jahresarbeitszeit stärker berücksichtigt und deswegen die Pflichtlektionenzahl reduziert werden.**

Berufslehre & Berufsmaturität

Die Berufslehre ist eine Ausbildungsform, die in der Wirtschaft wurzelt, und für viele zu den ersten Schritten im Berufsleben gehört. Allerdings sehen sich heute leider viele Lernende mit schlechten Anstellungs- und Arbeitsbedingungen konfrontiert, und dies zu einem viel zu kleinen Lohn - die Mehrheit der Lernenden EBA verdienen in der gesamten Lehre weniger als 1000 CHF im Monat und die Mehrheit der Lernenden EFZ verdienen in den ersten zwei Lehrjahren weniger als 1000 CHF im Monat. Denn Lernende werden wie alle anderen Arbeiter*innen angestellt, um dem Unternehmen Profit zu generieren. Diesen generieren sie aber nicht etwa erst am Schluss, wenn sie ausgelernt sind, sondern bereits vor Beendigung der Lehre, da viele von ihnen vorzeitig fähig sind, die meisten Arbeiten selbstständig zu erledigen. Auch die berufsfremden Arbeiten dürfen hier nicht vergessen werden, welche mensch vielen Lernenden unter dem Motto "Lehrjahre sind keine Herrenjahre" aufgibt. Der Grund für die betriebsfremden Arbeiten ist einfach: Es ist beispielsweise günstiger, die Lernenden den Betrieb putzen zu lassen, als dafür Putzpersonal einzustellen.

Integraler Bestandteil der Beziehung zwischen Betrieb und Arbeitnehmer*innen sind die Rechte der Arbeitnehmer*innen. Lernende sind häufig aufgrund ihrer geringen Erfahrung in der Arbeitswelt eher zurückhaltend, was die Einforderung ihrer Rechte angeht. Eine bessere Aufklärung über ihre Rechte muss stattfinden, und es muss besser kontrolliert werden, dass Betriebe die Rechte von Lernenden einhalten.

Eine beliebte Erweiterung zur Lehre ist die Berufsmaturität. Gegen Ende der Lehre ist mensch mit einer BM im Vergleich zu einer Lehre ohne BM einen Halbtage mehr in der Schule. Aber dieser Einsatz lohnt sich, denn mensch kann mit diesem Abschluss direkt nach der Lehre an die Fachhochschule und sich in einem berufsnahen Studiengang spezialisieren. Wer die Anforderungen erfüllt, muss die BMS besuchen dürfen. Alle, die eine Lehre absolvieren, sollen ohne Zwang durch den Lehrbetrieb selbst entscheiden können, ob eine BM angestrebt wird oder nicht. Um die Lernenden bei dieser Herausforderung zu unterstützen, ist der Lehrbetrieb dafür

verantwortlich, dass die Auszubildenden sowohl genügend praktische Erfahrungen sammeln können als auch genügend Zeit zum Lernen zur Verfügung haben.

Wer nicht schon die BM1 während der Lehre gemacht hat, kann mit der BM2 nach dem Abschluss einer Lehre eine Berufsmaturität erlangen. Dabei hat mensch scheinbar den Vorteil, einen Lohn zu erhalten und einen Teil seiner Unabhängigkeit zu bewahren. Da man jedoch arbeitstätig ist, werden einem dadurch auch jegliche Ansprüche auf Stipendien gestrichen, auch wenn der reduzierte Lohn kaum zum Leben ausreicht.

Immer mehr werden die Umstände für Lernende ungerechter und die Berufslehre wird von Jahr zu Jahr unattraktiver. Diese Ausbeutung der Lernenden muss jetzt aufhören!

Um eine echte Wertschätzung und Entlohnung der Arbeit von Lernenden, eine Förderung der Berufslehre und einen vereinfachten Zugang zur BM zu erreichen, fordern wir:

- **einen kantonalen Mindestlohn für Lernende.**
- **Massnahmen gegen Unterforderung im Betrieb und gegen einen übermässigen Anteil berufsfremder Arbeiten.**
- **mindestens 7 Wochen Ferien für Lernende.**
- **eine verbesserte Aufklärung der Lernenden über ihre Rechte.**
- **demokratisch gewählte Kontrollgremien, zusammengesetzt aus Lernenden, Gewerkschaften und Staat, die die Erhaltung guter Arbeits- und Bildungsstandards für Lernende kontrollieren.**
- **dass alle, die die Anforderungen erfüllen, die BM absolvieren dürfen.**
- **dass Stipendien und Ausbildungszulagen auch für Personen in Teilzeitanstellung zur Verfügung stehen.**

Ergänzend zu unseren Forderungen unterstützen wir die Forderungen der Basler Lernendenbewegung Scorpio. Zu ihren Forderungen gehören **eine bessere pädagogische Ausbildung für Berufsbildner*innen, die Bereitstellung der Arbeitsausrüstung und die Abschaffung von obligatorischen Vorlehrpraktika.**

Hochschulen & Ausbildungsbeiträge

Die Studiengebühren machen im Budget der Uni Basel nur einen sehr kleinen Teil der Einnahmen aus. Gleichzeitig können sich nicht alle Studierende, die über 800 Franken pro Semester leisten. Neben den hohen Mieten, Prämien und all den anderen Kosten, die während eines Studiums anfallen, sind die Studiengebühren eine zusätzliche Belastung für Viele und der Grund, warum mensch sich einen Nebenjob suchen muss und sich nicht voll aufs Studium fokussieren kann. Wenn hingegen das Studium durch die Eltern finanziert wird, ist dies nicht nötig und mensch kann sich voll auf das Lernen konzentrieren. Dies kriert einen unfairen Vorteil für Menschen, die finanzielle Unterstützung durch die Eltern erhalten. Bildung, auch an der Uni, soll für alle da sein, nicht nur für diejenigen, die es sich leisten können.

Auch für Erwachsene ist die Chancengerechtigkeit in der Bildung nicht gewährleistet. Finanzielle Hürden hindern viele Personen daran, eine Ausbildung in der gewünschten Zeit zu absolvieren, eine Umschulung zu beginnen oder einen Branchenwechsel zu vollbringen. Stipendien und Ausbildungsbeiträge zahlen ungenügend aus und viele Menschen, die sie

bräuchten, können sie nicht beanspruchen. Es gibt viele Menschen, die Sonderausbildungen oder Umschulungen machen würden und mit ihren Weiterbildungen unsere Gesellschaft noch mehr bereichern würden. Es ist die Aufgabe des Staats, die Hindernisse auf dem Weg zur Bildung zu räumen.

Um die Hochschulausbildung attraktiver zu gestalten und um allen Menschen die Möglichkeit einer Hochschulausbildung zu gewährleisten, fordern wir:

- **die Abschaffung der Studiengebühren an allen Basler Hochschulen und Hochschulen, die von Basel-Stadt mitgetragen werden.**
- **die Entlohnung von verpflichtenden Hochschulpraktika.**
- **die Erhöhung der Stipendien und Ausbildungsbeiträge.**
- **das Senken der Hürden, um Stipendien und Ausbildungsbeiträge zu erhalten.**
- **die starke Erweiterung der beitragsberechtigten Ausbildungen, Zweitausbildungen, Weiterbildungen und Umschulungen.**
- **keine Verzinsung der Ausbildungsbeiträge in Form von Darlehen.**

ANTIRASSISMUS UND MIGRATION

Allgemeines

Rassistisches Gedankengut ist tief in unserer Gesellschaft, in den Institutionen, Strukturen sowie (oft unbewusst) in unseren Köpfen verankert. Rassismus ist ein Grundpfeiler des Kapitalismus. Rassistisches Gedankengut und rassistische Handlungen spalten unsere Gesellschaft und schädigen betroffene Personen immens. Es ist eine zwingende Mission unserer Gemeinschaft, Rassismus zu überwinden. Ein weiteres Symptom von rassistischem und xenophobem Gedankengut ist die fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten für langjährige Einwohner*innen von Basel-Stadt, die keinen Schweizer Pass haben. Dieser riesige Mangel an unserer Demokratie muss berichtigt werden, alle Einwohner*innen müssen mitbestimmen können.

Um die rassistischen Strukturen in unserer Gesellschaft zu überwinden und um eine echte Mitbestimmung aller Einwohner*innen des Kantons Basel-Stadt zu erreichen, fordern wir:

- **flächendeckende obligatorische Antirassismus-Trainings in Schulen.**
- **verpflichtende Antirassismus-Trainings für Angestellte mit Klient*innenkontakt (bspw. Lehrpersonen, Verwaltungsmitarbeitende, Mitarbeitende der Sozialhilfe).**
- **die Erarbeitung eines Anti-Racial Profiling Konzept und damit verbundene Schulungen in der Basler Polizei.**
- **die Übernahme der Kosten für eine Verdolmetschung einer Psychotherapie durch die Grundversicherung der Krankenkassen.**
- **das aktive Wahlrecht für Einwohner*innen des Kantons Basel-Stadt, wie der Grosse Rat das schon fordert, und auch das passive Wahlrecht für Einwohner*innen Basels.**

Geflüchtete

In der Vergangenheit ist es im Bundesasylzentrum Bässlergut in Basel wiederholt zu Vorfällen von heftiger Gewalt durch das Security Personal gegenüber Asylsuchenden gekommen. Die Betreuung und Sicherheit der BaZs in Basel wurde an die ORS-Gruppe und die Securitas AG ausgelagert. **Wir fordern, dass die Gewaltvorfälle aufgearbeitet werden und der ORS-Gruppe und der Securitas AG das Mandat beim Bässlergut entzogen wird.**

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung und zu Hygieneprodukten für Asylsuchende ist rechtlich vorgeschrieben. Jedoch zeigen diverse Vorfälle immer wieder auf, dass dieses Recht nicht ausreichend umgesetzt wird. Immer wieder haben Menschen, die menstruieren, nicht ausreichend Zugang zu Hygieneprodukten und die Gesundheitsversorgung ist mangelhaft. Es wird berichtet von schwangeren Personen, die mangelernährt sind oder Zähne, die gezogen werden, anstatt, dass ein Loch geflickt würde. Auch der Zugang zu psychologischer Betreuung ist nicht gewährleistet. Menschen, die geflüchtet sind, haben oft traumatische Erlebnisse hinter sich. Daher ist es zentral, dass auch der Zugang zu psychologischer Betreuung sichergestellt

wird. **Wir fordern daher, dass das bestehende Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung konsequent umgesetzt wird.**

Es liegt in der Pflicht der Schweiz und des Kantons Basel-Stadt, einen sicheren und würdevollen Aufenthalt für Geflüchtete in ihrer Obhut zu garantieren. Dies ist zurzeit nicht gewährleistet. Das Thema der mangelhaften Zustände in den Asylzentren in Basel-Stadt ist kein neues Thema, es bleibt aber aktuell. Schlechte Hygienebedingungen, ungenügender Schutz von minderjährigen Asylsuchenden und übervolle Zimmer sind nach wie vor Tatsachen des Aufenthalts im Asylzentrum. **Wir fordern die Einhaltung der Pflicht des sicheren und würdevollen Aufenthalts: Sicherheit für Asylsuchende, vor allem für Minderjährige, gute Hygienebedingungen und genug Platz für Geflüchtete im Asylzentrum. Zudem braucht es auch, entsprechend den Empfehlungen des UNCHR, einen Mechanismus zur Erkennung von Sonderbedürfnissen für einzelne Geflüchtete.**

Im öffentlichen Diskurs sowie im alltäglichen Umgang mit Asylsuchenden werden diese tendenziell als eine Gruppe, die dankbar sein sollte, für was sie bekommt, dargestellt. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Ursachen für eine Flucht sind nebst Krieg und bewaffneter Konflikte häufig Armut, Arbeitslosigkeit, Klimawandel, Ausbeutung, etc. Als wohlhabender westlicher Staat ist die Schweiz Teil von Arbeitsausbeutung und damit von neokolonialen Strukturen und somit auch Mitverursacherin für Situationen, aus denen Menschen flüchten. Dies sollte im Diskurs rund um Asylsuchende stets mitgedacht werden. Die Schweiz steht entsprechend in der Verantwortung, so vielen geflüchteten Menschen wie möglich Schutz und ein gutes Leben zu ermöglichen.

Sans-Papiers

Es wird damit gerechnet, dass um die 4000 Menschen in Basel-Stadt ohne Dokumente leben. Diese Sans-Papiers leben hier und gestalten unseren Kanton mit. Sans-Papiers leisten auch viel Arbeit in der Schweiz, so arbeiten beispielsweise geschätzt 40'000 Sans-Papiers in der Schweiz im Haushaltsbereich. Basel-Stadt ist das Zuhause für viele Sans-Papiers, aufgrund ihres undokumentierten Status leben sie aber in grosser Unsicherheit. Sie können keine staatlichen Dienste in Anspruch nehmen, da eine Person sich dafür ausweisen muss. Interaktionen mit der Polizei sind risikobehaftet, da eine Ausschaffung bei Aufdeckung des Sans-Papier Status droht. Dieses kontaktlose Verhältnis zu Behörden und Polizei ist auch für die Rechtsdienste hinderlich: Undokumentierte Zeug*innen sagen nicht aus und melden keine Verbrechen. Im Kampf gegen Menschenhandel ist die Polizei eingeschränkt, da Opfer und potenzielle Zeug*innen ohne gültige Dokumente Angst vor Interaktionen mit der Polizei haben.

Die repressive Haltung der Behörden und der Polizei gegenüber Sans-Papiers ist nicht unabdingbar. Es gibt viele Beispiele von Städten, die trotz einer repressiven Gesetzgebung in Bezug auf Sans-Papiers Kanäle errichtet haben, die ermöglichen, dass Sans-Papiers mit Behörden und Polizei interagieren können. Dazu gehören etliche Städte aus den USA und Kanada. Ein Beispiel aus Europa ist Amsterdam, das seit einigen Jahren eine "free in, free out" Politik kennt. Diese Politik ermöglicht es Sans-Papiers, bei der Polizei Verbrechen zu melden, ohne dass sie Angst vor einer Verhaftung haben müssen.

Eine Möglichkeit, um Sans-Papiers ein Leben in Sicherheit zu ermöglichen, ist die Regularisierung. Eine stark limitierte Art der Regularisierung besteht in Form der staatlichen

Härtefallbewilligungen. Die Härtefallpraxis des Kantons Basel-Stadt wurde in den letzten Jahren auf Anzug des Grossen Rats überarbeitet. Die Überarbeitungen haben Verbesserungen ermöglicht, die Praxis ist aber längst nicht genügend: Die Verfahren sind lange und kompliziert und es bestehen grosse Hürden, um überhaupt für eine Härtefallbewilligung qualifizieren zu können.

Um den undokumentierten Einwohner*innen in Basel ein Leben in Sicherheit zu ermöglichen, fordern wir:

- **eine Stärkung der nicht-staatlichen Beratungs- und Anlaufstellen für Sans-Papier.**
- **eine Haltung der Basler Behörden und Polizei, die die Interaktion von Sans-Papiers mit ihnen ermöglicht, ähnlich wie die “free in, free out” Politik der Behörden in Amsterdam.**
- **eine Vereinfachung der Kriterien, um für eine Härtefallbewilligung zu qualifizieren, bspw. durch die Senkung der finanziellen Hürden.**
- **die Vereinfachung der Verfahren bei Härtefallbewilligungen.**
- **dass der Kanton darauf hinarbeitet, die volle Regularisierung der Sans-Papiers Bevölkerung in Basel-Stadt zu erreichen.**

QUEERFEMINISMUS

Sexualisierte Gewalt

Sexualisierte Gewalt bleibt in Basel-Stadt und in der Schweiz leider weit verbreitet. Mindestens eine von fünf Frauen über 16 Jahre geben an, ungewollte sexuelle Handlungen erlebt zu haben, doch die Dunkelziffer wird markant höher geschätzt. Es braucht starke und griffige Massnahmen, um die “rape-culture”, die sehr prevalent in unserer Kultur ist, zu überwinden.

Bei dem Thema sexualisierte Gewalt muss dringend die Ebene des Opferschutzes angesprochen werden. Ein wichtiges Mittel, um Opfern von Gewalt und sexualisierter Gewalt zu helfen, ist das Erschaffen und Unterstützen von Räumen/Gruppen, die Personen in prekären Umständen helfen können. Eine wichtige Stiftung, die die Rolle des “Schutzortes” einnimmt, ist die Stiftung Frauenhaus beider Basel. Die Arbeit der Stiftung ist extrem wertvoll und wirksam, doch seit längerer Zeit meldet die Stiftung Überbelastung. Der Kanton muss dringend die finanzielle Unterstützung der Stiftung Frauenhaus erhöhen, ihre Arbeit ist unerlässlich. Zudem braucht es ähnliche Unterstützungsmöglichkeiten für männliche Gewaltopfer, wie sie in den Städten Bern, Luzern und Zürich existieren, denn es ist ein Mythos, dass Männer keine häusliche Gewalt erleben.

Sexualisierte Gewalt ist ein Phänomen, das durch unsere lang andauernde patriarchale Kultur verstärkt wird. Kulturelles Umdenken durch präventive Arbeit ist unerlässlich, um sexualisierte Gewalt zu verhindern. In der Volksschule existieren schon Ansätze, um die Themen Sexualität und sexualisierte Gewalt produktiv zu behandeln, dazu gehört der Workshop “Mein Körper gehört mir”. Es gibt jedoch wichtige Lücken, die dringend gefüllt werden müssen, um präventiv gegen sexualisierte Gewalt vorzugehen. Dazu gehört der Unterricht um das Thema Consent, wie Personen sich consent-konform verhalten und wie man um Consent fragt.

Um im Kampf gegen sexualisierte Gewalt und “rape-culture” voranzumachen und um Opfern von sexualisierter Gewalt zu helfen, fordern wir:

- **die Erhöhung der finanziellen Unterstützung der Stiftung Frauenhaus.**
- **das Erschaffen eines zum Frauenhaus ähnlichen Schutzortes für männliche Gewaltopfer.**
- **keine geschlechtergetrennten Unterrichtselemente.**
- **dass das Thema Consent und die eigene Rolle bei Consent ein verpflichtendes Thema des Volksschulunterrichts wird.**
- **die Sensibilisierung von allen Verwaltungsebenen, von Justiz und von der Polizei über den Umgang mit Situationen und Opfern von sexualisierter Gewalt.**

Der Begriff “Catcalling” beschreibt unerwünschte sexuelle Äußerungen in der Öffentlichkeit, darunter sexualisierte Kommentare, anzügliche Bemerkungen, Nachpfeifen und ähnliche Lautäußerungen. Catcalling kann im realen Leben, aber auch in Form von Cyberhatespeech im Internet geschehen. Dies führt dazu, dass sich FLINTA-Personen unwohl und aus dem öffentlichen Raum verdrängt fühlen. Im heutigen Strafrecht findet sich keine Regelung zu Catcalling und Cyberhatespeech.

Damit FLINTA-Personen ohne Angst am öffentlichen Leben teilnehmen können, fordern wir:

- **Catcalling als auch Cyberhatespeech als Tatbestand anzusehen, im Sexualstrafgesetz aufzunehmen und entsprechend zu bestrafen**
- **dass Basel Catcalling und auch Cyberhatespeech ernst nimmt und strafrechtlich verfolgt sowie bestraft**

Queerfeministische Wirtschaft

Eine Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn kann die ungerechte Verteilung der Care-Arbeit besser aufteilen. So wie es jetzt ist, haben FLINTA-Personen eine Doppelbelastung, bezahlte Lohnarbeit und unbezahlte Care-Arbeit.

Um diese Doppelbelastung deutlich zu reduzieren und für eine fairere Aufteilung der Care-Arbeit zu sorgen, fordern wir:

- **dass sich Basel für eine nationale Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn einsetzt.**
- **dass Basel auf kantonaler Ebene eine Arbeitszeitverkürzung einführt.**

Zu Periodenschmerzen lassen sich in Basel aber auch in der Schweiz keine Statistiken finden. Eine Umfrage von einem deutschen Magazin zeigt jedoch, dass viele menstruierende Personen unter Periodenschmerzen leiden und diese als Belastung ansehen. In Spanien können menstruierende Personen seit 2023 entschuldigt mehrere Tage bei der Arbeit fehlen, wenn die Periodenschmerzen zu stark sind. Spanien ist somit das erste europäische Land, welches diese Regel einführt. Dieser offene Umgang mit der Periode führt zu einer Enttabuisierung.

Um menstruierende Personen zu entlasten, fordern wir:

- **dass menstruierende Personen in Basel aufgrund von Periodenschmerzen eine gewisse Anzahl an Tagen entschuldigt fehlen können, ohne Einbußen des Lohnes.**
- **eine Enttabuisierung der Periode sowie der Periodenschmerzen.**

Um eine bestmögliche Bestimmung über den eigenen Körper und die eigene Familien- und Karriereplanung zu gewährleisten, fordern wir auch **den Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln für alle Personen in Basel-Stadt.**

Unbezahlte Care-Arbeit

Unbezahlte Care-Arbeit ist einer der essenziellsten Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Ohne unbezahlte Care-Arbeit, die überwiegend von FLINTA-Personen ausgeübt wird, stünden wir vor dem gesellschaftlichen Kollaps. Diese unverzichtbare Arbeit erhält aber nicht die Anerkennung, die sie verdient. Im Gegenteil, die Ausübung der Arbeit wird sogar finanziell bestraft.

Menschen, die unbezahlte Care-Arbeit leisten, können weniger Erwerbsarbeit verrichten, wodurch sie finanziell oft schlechter gestellt sind. Dies hat zur Folge, dass diese Personen unter erhöhtem finanziellem Druck stehen und auch eine geringere Rente in Kauf nehmen müssen.

Betreuungsangebote und Kinderzulagen sind wichtige Stützen, um Care-Arbeitenden zu helfen, sie reichen aber nicht annähernd aus, um der bestrafenden Wirkung des aktuellen Systems entgegenzuwirken.

Um dieser Abwertung der unbezahlten Care-Arbeit entgegenzuwirken, fordert die JUSO Basel-Stadt eine kantonale Entlohnung für unbezahlte Care-Arbeitende. Vergünstigungen und Familienzulagen genügen nicht, die unbezahlte Care-Arbeit soll endlich die Anerkennung und den Respekt kriegen, den sie verdient hat.

Deshalb fordern wir:

- **dass der Kanton Basel-Stadt die unbezahlte Care-Arbeit entlohnt, die im Kanton verrichtet wird.**

Elternzeit

Die Schweiz hat internationale Abkommen ratifiziert, die gleiche Rechte für Männer und Frauen fordern. Um eine gleichberechtigte Kindererziehung zu gewährleisten, muss die Schweiz entsprechende Maßnahmen ergreifen. In Ländern wie Schweden, Island und Norwegen nehmen viele Väter Elternzeit, da diese gut strukturiert ist.

Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz deutlich zurück. Andere Länder bieten mindestens vier Monate Elternzeit. Die Schweizer Verfassung verlangt den Schutz und die Förderung von Familien, dennoch lehnt der Bundesrat eine nationale Elternzeit ab.

Der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub reicht nicht aus, um Vätern eine angemessene Einbindung in die Familienarbeit zu ermöglichen. Zudem ist das aktuelle System besonders nachteilig für nicht-traditionelle Familien wie Adoptiv-, Ein-Eltern- und Regenbogenfamilien. Alle Familien sollten unabhängig von ihrer Zusammensetzung die gleichen Rechte haben.

Die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie führt dazu, dass viele Frauen nach der Geburt eines Kindes in Teilzeit arbeiten oder ihre Erwerbstätigkeit aufgeben. Frauen mit gleichem Bildungsniveau wie Männer arbeiten oft in Positionen mit weniger Verantwortung und verdienen fast 20% weniger. Eine Elternzeit könnte die Erwerbsquote von Frauen erhöhen und ihre Rückkehr in den Beruf erleichtern.

Wir fordern deshalb:

- **dass der Kanton Basel-Stadt für Kantonsangestellte eine Elternzeit von einem Jahr einführt, die unter den Partner*innen flexibel aufteilbar ist.**
- **dass sich der Kanton Basel-Stadt auf Bundesebene für eine eidgenössische Elternzeit für alle von einem Jahr einsetzt, die unter den Partner*innen flexibel aufteilbar ist.**

TINA-Rechte

TINA-Personen, also trans, inter, nonbinäre oder agender Personen, erleben in der Schweiz und in Basel-Stadt viel Ablehnung, Ignoranz, Hass und Gewalt. Diese Situation muss dringend

geändert werden und es braucht dringend grosse Bemühungen des Kantons, um Schutz und Anerkennung für TINA-Personen zu erreichen. Die Verabschiedung des Kantonalen Gleichstellungsgesetzes durch den Grossen Rat ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber noch längst nicht genügend, um echte Gleichstellung für TINA-Personen zu erreichen.

Eine wichtige Baustelle bei TINA-Rechten ist die Selbstbestimmung im Bereich Identität. Durch das dogmatische und rückwärtsgewandte Festhalten des Bundes an die zwei traditionellen binären Kategorien werden viele TINA-Personen nicht anerkannt und unsichtbar gemacht. Alle Menschen haben ein Recht auf Selbstbestimmung, und die Möglichkeit für weitere Geschlechtsangaben muss gewährleistet werden. Zur Selbstbestimmung gehört auch eine Vereinfachung der Namens- oder Geschlechtseintragsänderung. Dies ist in Basel-Stadt zwar einfacher als auch schon, doch immer noch kostenpflichtig, ein Makel, der dringend behoben werden muss.

Die Normalisierung der TINA-Personen sollte bereits im jungen Alter beginnen, und so ist es letztlich auch die Aufgabe der Volksschulen, die Vielfalt der Geschlechter und Sexualitäten im Verlauf der Volksschulzeit zu präsentieren. Mit einer schulischen Aufklärung über die wahre Vielfalt der Menschheit, werden TINA-Personen normalisiert, und dies führt zu mehr Akzeptanz unter nicht TINA-Personen, sowie mehr Sicherheit, Selbstsicherheit und Glück für TINA-Personen.

Um Gleichberechtigung, Anerkennung und Schutz für TINA-Personen zu erreichen, fordern wir:

- **dass die Kantonsregierung sich auf nationaler Ebene für einen dritten Geschlechtseintrag einsetzt.**
- **dass die Kantonsregierung für die kantonale Arbeit einen dritten Geschlechtseintrag einführt, insofern dies in ihrer Kompetenz liegt.**
- **dass die Kantonsregierung eine liberale, nach Selbstbestimmung orientierte und kostenfreie Praxis bei dem Ändern des Geschlechtseintrags und des Namens in der behördlichen Arbeit führt.**
- **dass die Vielfalt der Geschlechter und Sexualitäten ein verpflichtendes Element des Volksschulaufklärungsunterrichts wird.**
- **dass der Zugang zu geschlechterbestätigenden Behandlungen erleichtert wird.**

Die European Union Agency for Fundamental Rights hat im Jahr 2020 eine Studie durchgeführt bei der ungefähr 60% der Studienteilnehmer*innen angaben, aufgrund ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert zu werden. Ein genaues Ausmass an Übergriffen und Diskriminierung in der Schweiz lässt sich jedoch nur schwer abschätzen, da hierzulande kantonal wie auch national Meldungen von den Behörden nicht separat erfasst werden und mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen ist. Auch zu der Diskriminierung von TINA-Personen am Arbeitsplatz lässt sich in Basel-Stadt nichts finden. **Deswegen fordern wir:**

- **dass sich Basel-Stadt für eine umfassende Gleichberechtigung einsetzt und dazu beiträgt, dass Daten über Diskriminierungsmeldungen von TINA-Personen in Basel aufgenommen und übersichtlich dargestellt werden.**

- dass es eine kantonale Meldestelle gibt, bei welcher sich TINA-Personen im Falle von Diskriminierung am Arbeitsplatz melden können.
- dass Basel-Stadt Sicherheit für TINA-Personen am Arbeitsplatz garantiert.

Schwangerschaftsabbrüche

Eine Abtreibung kann physische als auch psychische Folgen mit sich tragen. Da Abtreibungen noch immer ein stark tabuisiertes Thema sind, kann es sein, dass sich betroffene Personen schämen darüber zu sprechen und sich nicht nach einer Abtreibung nicht trauen, weitere Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zudem ist es schwierig, Informationen zur Nachversorgung in Basel zu finden. **Wir fordern, dass es in Basel eine bessere Nachsorge gibt und Menschen, die abtreiben, auch nach der Abtreibung ärztlich betreut werden. Außerdem fordern wir einen einfacheren und barrierefreien Zugang zu Informationen über Abtreibung.**

Das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche in die Verfassung

Der Zugang zu sicheren und legalen Abtreibungen ist ein grundlegendes Menschenrecht und die Selbstbestimmung über den eigenen Körper muss gewährleistet werden.

Die Aufnahme des Rechts auf Abtreibungen in die basel-städtische Kantonsverfassung ist ein entscheidender Schritt zur Stärkung der feministischen Errungenschaft und der Selbstbestimmung über den eigenen Körper.

Wenn Abtreibungen nicht zugänglich sind, dann wird riskiert, dass Frauen und gebärfähige Menschen auf sehr unsichere und illegale Methoden zurückgreifen müssen, um ungewollte Schwangerschaften zu beenden. Dies gefährdet ihr Leben und ihre Gesundheit. Deshalb muss **das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in die Kantonsverfassung festgehalten werden.**

Schwangerschaftsabbrüche in allen Basler Spitälern

Wie vorhin ausgeführt, ist der Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen und die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ein grundlegendes Menschenrecht. So kann es nicht sein, dass Spitäler sich dazu entscheiden, dieses Recht nicht anzuerkennen, und sich weigern, Schwangerschaftsabbrüche anzubieten. Wenn einzelne Spitäler aus "moralischen" Gründen eine Behandlung nicht durchführen, dann wird damit angedeutet, dass die Behandlung kein Grundrecht wäre. Das kann nicht sein und somit **fordern wir, dass alle Spitäler in Basel-Stadt Schwangerschaftsabbrüche anbieten müssen.**

STEUER- UND FINANZPOLITIK

Soziale Finanzpolitik

Der Kanton Basel-Stadt kann seit rund zwanzig Jahren durchgehend positive Rechnungsüberschüsse bei den Kantonsfinanzen vorweisen. Diese Überschüsse konnten durch die Finanzpolitik des Kantons und der hohen Steuereinnahmen durch die wachsende Bevölkerung und die hier ansässigen Unternehmen erzielt werden.

Die Gesamteinnahmen des Kantons betragen im Jahr 2023 rund 4,9 Milliarden Franken, wovon die Einnahmen aus der direkten Besteuerung der natürlichen Personen fast 2,2 Milliarden Franken ausmachen, die Einnahmen durch die juristischen Personen im gleichen Zeitraum rund 950 Millionen Franken. Der Kanton steht finanziell sehr gut da. Dies ermöglicht wichtige Investitionen in den Sozialstaat, in den Wohnschutz, in eine gute Gesundheitsversorgung bezahlbares Wohnen und in den Klimaschutz. Diese Investitionen werden aber nicht genügend getätigt.

Trotz der sehr guten Finanzlage des Kantons ist das Potenzial in vielen Bereichen nicht ausgeschöpft. Es braucht einen Ausbau des Sozialstaats, da viele Menschen im Kanton finanziell nicht über die Runden kommen und die Leistungen teilweise knapp bemessen sind. Lernende sind momentan vom gesetzlichen Mindestlohn ausgenommen, was ein nicht tragbarer Zustand ist – es braucht einen verbindlichen und fairen Mindestlohn für Lernende in allen Betrieben.

Die Bodenpolitik des Kantons muss entschiedener vorangetrieben werden. Der Kanton soll ein Vorkaufsrecht auf Boden und Immobilien haben, um den Boden der Spekulation zu entziehen und die Immobilien in Kostenmiete zu vermieten. So kann bezahlbarer Wohnraum für die 99% sichergestellt werden. Boden ist kein Gut, mit dem spekuliert werden darf. Wohnraum ist ein Menschenrecht!

Ausserdem müssen die in der Vergangenheit getätigten Auslagerungen von staatsnahen Betrieben wieder rückgängig gemacht werden. Bei den staatsnahen Betrieben soll geprüft werden, wie diese wieder in die kantonale Verwaltung eingegliedert werden können.

Die JUSO Basel-Stadt fordert deshalb:

- **die Einführung des Mindestlohns für Lernende.**
- **ein Vorkaufsrecht auf Boden und Immobilien für den Kanton Basel-Stadt.**
- **das Schaffen von mehr Wohnraum durch den Kanton und das Einführen der Kostenmiete für alle Wohnungen und Immobilien des Kantons.**
- **die Wiedereingliederung von staatsnahen Betrieben, wie die BVB.**

Soziale Steuerpolitik

Das Vermögen der reichsten 0,1% wuchs zwischen 1991 und 2019 um über 20% an und das der reichsten 1% um über 10%. An diesem Vermögensanstieg lässt sich gut erkennen, dass der Graben zwischen den Reichsten und den Ärmsten in Basel-Stadt immer grösser wird. Gleichzeitig wird nur wenig unternommen, um den Menschen zu helfen, die an der Armutsgrenze leben, die sich trotz harter Arbeit am Existenzminimum befinden und die durch eine sinkende Kaufkraft sich nur kaum über Wasser halten können.

Diese massive Ungleichheit ist nicht akzeptabel. Sie kann nur mit einer Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften verringert werden. Die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer soll der Kanton für sinnvolle Investitionen nutzen, die allen Basler*innen zugutekommt.

Zudem hat die Stimmbevölkerung im März 2023 dem Steuersenkungspaket zugestimmt, in dem der wichtige Erfolg der Topverdiener*inneninitiative teilweise rückgängig gemacht wurde. So wurde der obere Einkommenssteuersatz wieder um 0,75 Prozentpunkte gesenkt. Diese Missachtung der Stimmbevölkerung gilt es rückgängig zu machen und die vorherigen Steuersätze von 28% respektive 29% für Einkommen ab 200'000 Franken bzw. 300'000 Franken wiederherzustellen.

Die Pharmakonzerne im Kanton Basel-Stadt sind grosse internationale Player. Durch die wichtige OECD-Mindeststeuer für Unternehmen gilt auch für diejenigen Konzerne, die seit langem in Basel ansässig sind, höhere Steuern. Das ist richtig und gut so. Denn die Konzerne erwirtschaften das Geld nicht ausschliesslich hier, sondern vor allem in anderen Staaten, teilweise auch im Globalen Süden.

Doch in denen Ländern, in denen sie ihre Profite erwirtschaften, wird praktisch nichts versteuert. Die Mehreinnahmen der OECD-Mindeststeuer sollen auch denjenigen Staaten zugutekommen, in denen die Profite dieser Konzerne erarbeitet werden. Der Kanton plant aber einen Grossteil der neuen Steuereinnahmen via indirekte Subventionen direkt an die Konzerne zurückzugeben. Dieses Vorhaben gilt es im Parlament zu bekämpfen.

Im Kanton Basel-Stadt kennt man noch immer die Teilbesteuerung von Dividendengewinnen bei einer Unternehmensbeteiligung von mindestens 10%. Die Dividendengewinne müssen nur 80% teilbesteuert werden. Kapitaleinkommen dürfen nicht niedriger versteuert werden als reguläre Arbeits- und Renteneinkommen. Wir fordern daher eine steuerliche Gleichbehandlung und die Abschaffung der Teilbesteuerung für Kapitaleinkommen.

Die JUSO Basel-Stadt fordert deshalb:

- **die Einführung einer Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften.**
- **eine Wiederherstellung des mittleren und oberen Steuersatzes, der 2019 in der Abstimmung über die Topverdiener*innensteuerinitiative eingeführt wurde und im Steuersenkungspaket 2023 wieder gesenkt wurde.**
- **dass die Mehreinnahmen durch die OECD-Mindeststeuer nicht wieder an die grossen Konzerne zurückbezahlt werden und denjenigen Ländern zugutekommen, die diese Profite erarbeitet haben.**
- **die Abschaffung der Teilbesteuerung von Zinsen und Dividenden.**

BARRIEREFREIHEIT UND RECHTE VON PFLEGEBEDÜRFTIGEN

Barrierefreiheit

Im Jahr 2014 ratifizierte die Schweiz die Behindertenrechtskonvention BRK der UNO. In den Worten des Eidgenössischen Departement des Innern ist das Ziel der Konvention, dass “Menschen mit Behinderung ihre Rechte in gleichem Masse ausüben können wie Menschen ohne Behinderungen.” Weiter führt das Departement aus, wer die Bestimmungen der Konvention umsetzen soll, nämlich sind es “die Behörden, die dazu angehalten sind, sie auf ihrer Ebene umzusetzen.”

Die Ziele der BRK sind Stand heute noch längst nicht erreicht. Die Schweiz und Basel-Stadt bleiben trotz Fortschrittsbestreben Gebiete mit hohen Barrieren für Personen mit Beeinträchtigungen. Die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes, das seit 2004 eine behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs vorgibt, bleibt schleppend. Grosse Hürden bestehen auch im Gesundheitswesen, die den Zugang zur medizinischen Versorgung für Personen mit Beeinträchtigung, vor allem auch neurodiverse Personen, erschweren. Die inklusive Schule ist eine grandiose Vision für eine barrierefreie Volksschule, aber Massnahmen wie die überfrühe Selektion, fehlende vorschulische Angebote zur Unterstützung von Kindern mit Beeinträchtigungen und fehlende Rückzugsmöglichkeiten, erschweren das Erreichen einer inklusiven Schule sehr. Zudem bleibt der Kulturbereich eine Sphäre mit hohen Barrieren, die die Teilnahme an dem Kulturleben für viele Menschen ungerechterweise erschwert.

Die Unterzeichnung mehrerer Konventionen und Gesetze geben klar an, dass die Schweiz Barrierefreiheit erlangen muss. Nun braucht es den Willen zur vollständigen Umsetzung.

Um ein barrierefreies Basel und ein Leben in Würde für alle zu erreichen, fordern wir:

- **eine rasante Beschleunigung der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes 2004 auf jedes einzelne Element der öffentlichen Infrastruktur und des öffentlichen Verkehrs.**
- **den Abbau der Hürden, die den Zugang zur medizinischen Versorgung für physisch und psychisch beeinträchtigte Personen erschweren.**
- **Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit in den Volksschulen.**
- **einen barrierefreien Zugang zur Kultur; zugängliche Freizeitmöglichkeiten und Rückzugsmöglichkeiten bei Veranstaltungen.**

Rechte von Pflegebedürftigen

Es ist so, dass viele pflegebedürftige Personen in der Schweiz, sei die Pflegebedürftigkeit aufgrund einer physischen Beeinträchtigung, einer psychischen Beeinträchtigung oder aufgrund des Alters, einer Machtdynamik unterstehen, worin sie unter einem potenziellen Machtmissbrauch leiden könnten. Fälle von Gewalt gegenüber pflegebedürftigen Personen sind

in der Schweiz, vor allem in Privathaushalten, leider sehr hoch und es wird eine recht grosse Dunkelziffer vermutet.

Um Machtmissbrauch und Übergriffe gegenüber Pflegebedürftigen zu verhindern, fordern wir:

- eine kantonale Offensive, um Übergriffe auf pflegebedürftige Personen zu verhindern.
- kantonale Aufklärungsarbeit über das Phänomen Gewalt gegen Pflegebedürftige.
- eine offizielle kantonale Anlaufstelle, an die sich Opfer oder Vermutende wenden können.

RECHT AUF DEMONSTRATIONEN – GEGEN REPRESSION UND KOLLEKTIVSTRAFEN

Einleitung

Dieses Jahr jährte sich zum ersten Mal der polizeiliche Übergriff von 2023 auf den traditionellen und bewilligten 1. Mai-Umzug. Dieser Tag stellte die vorläufige Eskalationsspitze polizeilichen Umgangs mit Demonstrationen in Basel dar. Schon wenige Monate zuvor lief ein polizeilicher Einsatz gegen die Demonstration zum feministischen Kampftag in Basel völlig aus dem Ruder. Übertriebene Polizeieinsätze vor allem an linken Demonstrationen und fragwürdige Vorkommnisse wie die Anstellung des wegen Rassendiskriminierung verurteilten SVP-Politikers Adrian Spahr werfen schon seit Jahren schlechtes Licht auf die Basler Polizei und damit auch auf deren stets bürgerlichen Vorsteher*innen. Jüngstes Kapitel sind nun Massnahmen und Aussagen von Stephanie Eymann in Bezug auf den Umgang mit Fangewalt im Fussball, die im diametralen Widerspruch mit wissenschaftlichen Erkenntnissen stehen.

Dass es so nicht weitergehen kann, wissen und sagen wir als JUSO Basel-Stadt schon lange. Mit dieser Resolution stellen wir unsere dringlichsten Forderungen auf und entwerfen eine kurzfristige Vision für einen repressionsfreieren Kanton.

Polizeilicher Umgang mit Demonstrationen

Die Basler Kantonspolizei hat gemäss § 1 Abs. 1 PolG die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sicherzustellen. Im Zusammenhang mit Demonstrationen soll die Polizei Proteste gewährleisten und dafür sorgen, dass diese für die Teilnehmenden und die Bevölkerung friedlich und sicher verläuft. Dabei sollte die Polizei die Kommunikation in den Vordergrund stellen, um Konflikten durch Dialog und Vermittlung vorzubeugen und zur Deeskalation beitragen. Die Anwendung von Gewalt bzw. Zwang durch die Polizei sollte nur das letzte Mittel sein und nur in Ausnahmefällen erfolgen, in denen die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Dabei muss die Polizei stets die Verhältnismässigkeit wahren (§ 46 Abs. 1 PolG). Nur im Notfall ist die Kantonspolizei berechtigt, Wasserwerfer, Tränengas und Gummischrot anzuwenden, sowie einzelne Personen(gruppen) einzukesseln.

Leider hat sich in den letzten Jahren eine Tendenz zur übermässigen und unverhältnismässigen Anwendung von Gewalt (bzw. gewaltsamen polizeilichen Mitteln) seitens der Basler Polizei gezeigt. Ausserdem konnte beobachtet werden, wie das Mittel der Einkesselung ohne genügende rechtliche Grundlage angewendet wurde, um Personen von der Ausübung ihres Demonstrationsrechts abzuhalten.

Jüngst ist die Schweiz vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) für ihre Praxis der Einkesselung von nicht gewalttätigen Demonstrierenden gerügt worden. Dieses Urteil lässt sich auch auf die Basler Kantonspolizei übertragen, welche beispielsweise an der bewilligten 1. Mai-Demo 2023 nicht gewalttätige Demonstrierende über Stunden hinweg und unter Missachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips ohne genügende Grundlage eingekesselt hat und ihnen während den ca. 6 bis 8 Stunden, in welchen sie sich im Kessel befanden, nicht

gestattete, auf die Toilette zu gehen oder zu essen (die nicht eingekesselten Demonstrierenden hatten Nahrungsmittel für sie besorgt).

Gemäss völkerrechtlichen Standards soll eine Einkesselung nur als letztes Mittel und unter keinen Umständen als Mittel zur Auflösung eines Protests eingesetzt werden.

Ein weiteres gewaltvolles Mittel, welches von der Basler Kantonspolizei angewendet wird, ist Gummischrot. Am 8. März 2023 setzte die Basler Kantonspolizei Gummischrot gegen eine feministische Demonstration ein, bei der es weder zu Sachbeschädigungen noch zu Angriffen gekommen war, sondern lediglich eine Gruppe von Demonstrierenden mit einem Transparent auf die Polizeikette zugelaufen war.

Gummischrot ist ein extrem gefährliches und ungenaues polizeiliches Mittel. Seit den 1980er-Jahren wurden in der Schweiz 34 Fälle von schweren Augenverletzungen (darunter auch Erblindungen) nach Gummischrot-Einsätzen dokumentiert. Die Dunkelziffer liegt wohl deutlich höher. In zahlreichen europäischen Ländern ist der Einsatz von Gummischrot verboten (unter anderem in Deutschland, Rumänien, Irland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Österreich). Die deutsche Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen lehnte 2012 eine Aufrüstung mit Gummischrot mit folgenden Worten ab: «Wir leben in Deutschland, nicht in einem Bürgerkrieg.» Wer Gummigeschosse einsetzen wolle, nehme bewusst in Kauf, dass es zu Schwerverletzten komme. Das sei in einer Demokratie nicht hinnehmbar.

Und trotzdem scheint die Basler Kantonspolizei davon überzeugt zu sein, dieses gefährliche Mittel weiterhin anzuwenden und ist in ihrer Grundlage für dessen Anwendung mehr als grosszügig. Es stellt sich die Frage, ob der Kantonspolizei in Zukunft ein derart gefährliches Mittel anvertraut werden kann, nachdem diese mehrfach bewiesen haben, dass sie die Wahrung der Verhältnismässigkeit in Bezug auf Demonstrationen nicht einhalten und die Idee des Einsatzes von Gummischrot (und anderen gewaltvollen Mitteln) als ultima ratio nicht verstanden haben.

Die JUSO Basel-Stadt fordert deshalb ein Verbot des Einsatzes von Gummischrot und eine äusserst restriktive Anwendung anderer polizeilicher Gewaltmittel, welche lediglich bei Gefahr für Leib und Leben und unter strikter Beachtung der Verhältnismässigkeit zum Einsatz kommen sollten. Ausserdem fordern wir die Basler Kantonspolizei dazu auf, die rechtsstaatlichen Prinzipien in Bezug auf Demonstrationen einzuhalten und ihre Aufgabe, den Schutz der Menschen und deren Grundrechte, wahrzunehmen.

Behördlicher/ verwaltungstechnischer Umgang mit Demonstrationen

Derzeit sind Demonstrationen und andere Versammlungen prinzipiell von den Behörden zu bewilligen. Dies ist rechtlich gesehen höchst problematisch, denn die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht. Zwar wird oft behauptet, auch unbewilligte Demonstrationen würden, wenn sie friedlich sind, geduldet. Dass dem nicht so ist, beweist z.B. die Demonstration zum feministischen Kampftag 2023, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde, mit der Begründung, dass sie nicht bewilligt war. Polizei und Medien bedienen das Narrativ der “illegalen” Demos – obwohl unbewilligte Demos an sich keineswegs illegal sind – und nutzen die Begrifflichkeit aus, um gewalttätige Repression zu rechtfertigen. Doch selbst wenn man – wie die Polizei immer wieder empfiehlt – Demos bewilligen lässt, ist man ebenfalls nicht sicher vor Repression, wie die Einkesselungsaktion des 1. Mai 2023 zeigte. Damit schrecken sie die

Bevölkerung von der Teilnahme an Demonstrationen ab (sog. “chilling effect”) und untergraben das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit.

Die JUSO Basel-Stadt fordert deshalb einen Systemwechsel: Die Bewilligungspflicht soll abgeschafft und durch eine Anmeldepflicht ersetzt werden.

Repression in Zusammenhang mit Fangewalt

Fangewalt als solches ist ein Phänomen mit langer Geschichte, insbesondere im Zusammenhang mit Fussball. Klar ist, die JUSO Basel-Stadt distanziert sich in jedem Fall von Gewalt gegen Menschen.

Dass das Thema Fangewalt in letzter Zeit so hochgekocht wurde, hat jedoch weniger mit den Gewaltvorfällen selbst zu tun, sondern vielmehr mit dem anschliessenden (behördlichen) Umgang damit. Mit vergleichendem Blick auf verschiedene Schweizer Kantone/Städte kann festgehalten werden: Die behördlichen Hebel werden oft bis immer am falschen Ort angesetzt. Sie zeigen keine Wirkung und sie vergrössern den Graben zwischen Fans und Behörden, was eine langfristige Lösung verunmöglicht.

Obschon Fangewalt in Stadien in den letzten Jahren stetig abgenommen hat, hält man seitens Behörden und Politik an Massnahmen fest, die keinerlei Grundlage, geschweige denn Wirkung haben. So zeigen Studien, dass das seit 2012 in Kraft stehende Hooligan-Konkordat kaum Wirkung gezeigt hat. Trotzdem will es die Basler Regierungsrätin Stephanie Eymann erneut auf den Tisch bringen (der Grosse Rat hat vor Jahren einen Beitritt abgelehnt). Bei erneuten und oft kaum präventiv zu vermeidenden Gewaltvorfällen werden noch immer Kollektivstrafen wie Sektorsperrungen verhängt. Auch personalisierte Tickets dürften demnächst eingeführt werden. Dass diese Massnahmen Wirkung zeigen, wird von Expert*innen deutlich hinterfragt. Sogar die Swiss Football League (SFL) ist erst vor Kurzem aus den Plänen für das behördliche Kaskadenmodell ausgestiegen – aus guten Gründen. Doch die wissenschaftlichen Einordnungen scheinen Stephanie Eymann nur marginal zu interessieren. Auf die Aussage, dass Kollektivstrafen sehr kontraproduktiv sein können und die Wissenschaft dies oft bestätige, meinte Eymann: “Ich will nicht die Wissenschaft in Zweifel ziehen, **aber** ich bin da anderer Meinung.” Es gibt “Aber”, die schwer wiegen.

Auch hier wird deutlich: Mehr Repression (Kollektivstrafen wie Sektorsperrungen, personalisierte Tickets usw.) bei Publikums- und Sportevents führt nicht zu mehr Sicherheit – weder im Stadion selbst und schon gar nicht ausserhalb.

Die JUSO Basel-Stadt fordert deshalb den Verzicht auf unnötige Massnahmen wie Sektorsperrungen und personalisierte Tickets und warnt die Regierungsrätin Stephanie Eymann davor, das gescheiterte Hooligan-Konkordat erneut auf den Tisch zu bringen. Auch das vorliegende und vorgesehene Kaskadenmodell weist die JUSO Basel-Stadt entschieden zurück.

Vision und nächste Schritte für Basel

Der 1. Mai 2023 hat uns gezeigt, zu welchen Mitteln die Polizei in Basel greift und welche gesundheitlichen Konsequenzen sie dabei in Kauf nimmt. Es wurde auch deutlich, dass die

Polizeidirektorin Stephanie Eymann repressive und gewaltvolle Mittel gezielt und rücksichtslos einsetzt.

Weil es so nicht mehr weitergehen kann, wünscht sich die JUSO Basel-Stadt ein Basel, in dem Demonstrationen stattfinden können, ohne dass die Polizei diese bereits präventiv einkesselt. Ein Basel, in dem am 1. Mai, ohne polizeiliches Grossaufgebot demonstriert werden kann. Ein Basel, in dem feministische Demonstrationen ohne gewaltsame Repression stattfinden können. Ein Basel ohne Fangewalt, aber auch eines ohne unnütze und sinnlose Kollektivstrafen bei Sportevents. Ein Basel ohne Polizeidirektorin Stephanie Eymann und ihre repressive Politik.

Kurz: Ein Basel, in dem die Demonstrationsfreiheit hochgehalten und als Grundrecht anerkannt wird.

Die JUSO Basel-Stadt setzt sich dafür ein, dass die genannten Forderungen umgesetzt werden, und setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass Basel-Stadt ein repressionsfreierer Kanton wird.

GESUNDHEIT

Einleitung

Unser Gesundheitssystem steht in einer Krise, die jedes Jahr grösser wird. Gesundheitskosten steigen für Patient*innen und Spitäler rasant, währenddem Erträge für die Pharmabranche und Krankenkassen explodieren. Mehr als 10'000 Pflegestellen sind unbesetzt, Tendenz steigend, aber der Bedarf an medizinischer Behandlung sinkt nicht. Es braucht starke Änderungen, um unser Gesundheitssystem aus dieser Krisensituation herauszuholen. Der Kanton Basel-Stadt kann diese Krisen allein nicht lösen, es braucht Änderungen auf Bundesebene. Dennoch hat Basel-Stadt als Bildungsstandort und Pharmazentrum einen erheblichen Einfluss.

Soziale Finanzierung unseres Gesundheitssystems

Die Finanzierung unseres Gesundheitssystems setzt ganz an den falschen Stellen an. Während Milliarden dividenden für Pharma- und Versicherungs-Aktionär*innen ausgeschüttet werden, leiden Spitäler und Patient*innen unter steigenden Kosten, und medizinisches Personal leidet unter stagnierenden Löhnen und schlechter werdenden Arbeitsbedingungen.

Prämien und Gesundheitskosten steigen unkontrolliert in die Höhe. Patient*innen geben immer mehr für ihre Gesundheit aus. Immer mehr Menschen geraten wegen Gesundheitsausgaben in finanzielle Not. Die Gefahr, dass Menschen wegen hoher Gesundheitsausgaben auf Behandlungen verzichten, steigt immer mehr. Um der Bevölkerung mit steigenden Prämien zu helfen, gibt der Kanton Basel-Stadt immer mehr Geld für Prämienverbilligungen aus. Diese Entscheidung des Kantons ist die richtige und sollte noch ausgeweitet werden. Die Verantwortung der Pharmabranche, die mit steigenden Kosten Rekordprofite schreiben, ist aber aus den Augen der Regierung und des Parlaments geraten. Die Pharmabranche beutet Patient*innen, Spitäler und Personal aus und die Massnahmen zur Behebung der darauffolgenden Krisen betreffen nur die Steuerzahlenden und nicht die Grosskonzerne oder Aktionär*innen der Pharma. Die private und unregulierte Pharmaindustrie lässt Arzneimittelkosten in die Höhe schiessen und investiert fast nicht in Prävention oder Mittel zur Bekämpfung von antibiotikaresistenten Keimen, da diese Forschungszweige nicht profitabel genug sind. Die Verantwortung der Krankenkassen, die in ihrem Pseudo-Konkurrenzkampf das Geld der Versicherten durch bspw. Marketingkampagnen und Manager*innenboni verschwenden, wird auch nicht von der Regierung oder dem Parlament eingefordert. Es ist an der Zeit, dass der Kanton aktiver in unser Gesundheitswesen eingreift, um diese unnachhaltigen Zustände zu ändern.

Um eine soziale Finanzierung des Gesundheitssystems, das Gesundheit und Menschen vor kurzfristiger Profitlogik setzt, zu erreichen, fordern wir:

- **drastische Lohnerhöhungen für medizinisches Personal, vor allem für Pflegende.**
- **strengere Einhaltung der Ruhezeiten für medizinisches Personal. Dies soll durch Spitäler umsetzbar gestaltet werden und der Kanton soll dies sicherstellen und beaufsichtigen.**
- **eine Abschaffung der Ausbildungsgebühren für medizinisches Personal.**

- **klar definierte Massnahmen, um medizinisches Personal gegen Gewalt und sexualisierte Gewalt zu schützen.**
- **dass es in der Pflege genug Berufsbildner*innen gibt und genügend Personal pro Schicht, um die Qualität der Auszubildenden zu gewährleisten.**
- **weitere Massnahmen des Kantons, um die Prämien zu senken.**
- **dass der Kanton sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass tiefere Tarife und Arzneimittelpreise verhandelt werden.**
- **dass der Kanton sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass eine schweizweite, einheitliche und öffentliche Gesundheitskasse eingeführt wird.**
- **dass der Kanton das Monopol der Pharmaindustrie mit einem staatlichen und an nachhaltigen Werten orientierten Gremium durchbricht.**

Psychische Gesundheit

Es wird überall darüber geschrieben und davon gesprochen. Es gibt zu wenig Therapieplätze, Menschen warten teilweise 6 Monate auf einen Therapieplatz, ambulant und/oder stationär. Davon sind auch Kinder & Jugendliche in einem hohen Ausmass betroffen. Dies bringt viele Menschen in eine verzweifelte und auch gefährliche Lage. Denn so können verschiedenste psychiatrische Erkrankungen nicht zeitnah behandelt werden, was zu einer schnellen Progredienz und somit zu einer späten Intervention führen kann. Der Freund mit einer beginnenden Depression, das Kind mit einer schweren Angststörung und die Kollegin, welche immer weniger isst, werden somit erst an einem Zeitpunkt therapiert, wo sie aufgrund der Akuität auf den Wartelisten ganz nach oben gerückt sind. Gerade mangelnde ambulante Plätze führen bei stationären Therapieplätzen zu grösseren Wartelisten. Psychische Gesundheit ist wichtig und muss ernst genommen werden.

Um den bestehenden Mangel an Therapieplätzen entgegenzuwirken und um präventiv gegen psychische Erkrankungen vorzugehen, fordern wir folgendes:

Der Kanton muss sicherstellen, dass Ausbildungskosten für angehende Psycholog*innen gestrichen werden. Denn die Kosten für die Ausbildung im Vergleich zu dem Lohn, den Assistenzpsycholog*innen kriegen, reicht meist für den Unterhalt einer erwachsenen Person nicht aus. Unter anderem werden im Verlaufe des Studiums eine Studiengebühr von 30'000 CHF sowie die Gebühr der Einzelsupervision, die ca. 15'000-18'000 CHF kostet, gezahlt. Somit sind die meisten Assistenzpsycholog*innen auf die finanzielle Unterstützung von Familie, Freund*innen oder Partner*in angewiesen. Diese Ausbildungshürden verstärken den Therapieplatzmangel.

Wir fordern eine kantonal organisierte Kontaktplattform für Psycholog*innen, Psychotherapeut*innen und Psychiater*innen, wo Personen niederschwellig Zugang zu der für ihr Anliegen richtigen Fachperson erhalten und dabei bereits eine Triage stattfinden kann. Ausserdem soll dadurch ermöglicht werden, dass eine automatische Warteliste erstellt wird, wo die Dringlichkeit berücksichtigt wird und dadurch zusätzlich die administrative (in der Regel vergütungslose) Arbeit reduziert wird.

Wir fordern, dass der Kanton sicherstellt, dass an den Schulen, Kindergärten und weiteren Schulen genügend auf psychische Erkrankungen sensibilisiert wird. Dazu gehört auch, dass die Kinder und Jugendlichen zügig an den Schulpsychologischen Dienst weitergeleitet werden.

Hier fordern wir, dass der Kanton sicherstellt, dass sich die Wartezeiten beim Schulpsychologischen Dienst auf maximal eine Woche beschränken. Das heisst auch, mehr Arbeitsstellen zu schaffen und das Konzept agiler zu gestalten.

Wir fordern, dass ein Rahmen geschaffen wird, wo alle Menschen aufgefordert werden, einmal pro Jahr einen psychologischen Check wahrzunehmen und dass dieser auch vom Kanton bezahlt wird. Dies soll präventiv wirken und wirkt so später gewissen Kosten entgegen.

Diskriminierungsfreier Zugang zu medizinischer/psychologischer Behandlung

Die Qualität der medizinischen und psychologischen Versorgung variiert stark und ist davon abhängig, wer betreut wird.

Wer weiblich gelesen wird, wird in der Hausarztpraxis oftmals weniger ernst genommen. Sei dies ein Myokardinfarkt, welcher als eine "normale" hormonelle Schwankung abgetan wird oder die Person bei Beschreib der Symptomatik als "hysterisch" eingestuft wird.

Jedoch ist das Problem der Genderbiased Medizin viel allumfassender. So werden einen Grossteil der Studien für Medikamente nicht an Menschen mit Uterus getestet, zudem gibt es allgemein sehr wenige Studien über Menschen mit Uterus, ausser es handelt sich um Prozesse rund um die Geburt. Dies hat zur Folge, dass viele medizinische Interventionen für Körper ohne Uterus entwickelt wurden.

Auch BIPOC werden im Gesundheitssystem diskriminiert, was die Versorgungsqualität stark beeinträchtigt. Noch immer gibt es unter dem Gesundheitspersonal viel Falschwissen, welches stark durch unsere kolonialistischen und rassistischen Strukturen geprägt sind. So beispielsweise die Vorstellung, dass schwarze Körper weniger schmerzempfindlich sind und somit weniger Schmerzmittel brauchen. Auch ist es noch immer gang und gäbe, dass bei der Messung von Nieren- und Lungenkapazität der Faktor *race* eingerechnet wird. Es ist ein Faktor, welcher auf der fälschlichen Annahme basiert, dass schwarze Menschen von "Natur aus" weniger Lungenkapazität haben und stärkere Muskeln haben. Beides führt dazu, dass die Kapazität fälschlicherweise als zu hoch berechnet wird und schwarze Menschen bspw. weiter unten auf der Transplantationsliste stehen. Allgemein führen die hochfrequenten Rassismuserfahrungen dazu, dass BIPOC eine eindeutig höhere Prävalenz für diverse psychische Erkrankungen haben.

Übrigens ist die Idee vom "Mamma Mia Syndrom" noch immer gang und gäbe. Es soll beschreiben, dass Menschen, welche als "südländisch" und ähnlich gelesen werden, bei der Symptomatikbeschreibung stets übertreiben.

Eine hoch vulnerable Personengruppe sind in der Schweiz vor allem auch Menschen, welche sich in Asylunterkünften befinden. In Asylunterkünften leben Menschen eng aufeinander, teilweise zwei Personen pro Quadratmeter, müssen sich eine Nasszelle teilen, welche oft fernab von hygienischen Richtlinien ist und haben nur sehr beschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung. Wer medizinische Unterstützung braucht, muss sich erst bei der Security melden. Die Security ist lediglich notdürftig ausgebildet und hat keine Kompetenzen bzgl. Einschätzung

von medizinischer Akuität. Oftmals werden die Asylsuchenden dann nicht ernst genommen. Meist muss sich eine Lage maximal zuspitzen, bis eine Person ins Spital geschickt wird. Immer wieder leiden Asylsuchende, im Rahmen einer Post-traumatischen Belastungsstörung unter sogenannten dissoziativen Zuständen. Dies kann bspw. anmuten wie ein epileptischer Krampfanfall, ein Bewusstseinsverlust oder eine plötzlich einsetzende

Apathie. Immer wieder leiden Asylsuchende auch unter schweren Depressionen und somit unter Suizidalität. Auch hier wird meist nicht oder viel zu spät gehandelt.

Besonders betroffen davon sind Kinder und FLINTAs. Das sind die Menschen, welche höchstwahrscheinlich schon auf der Flucht Gewalt und mitunter auch sexualisierte Gewalt erlebt haben. In den Asylunterkünften sind es auch wieder sie, welche das Gleiche weiter erleben. Übergriffe sind an der Tagesordnung und sie werden nicht geschützt. Menschen, welche menstruieren, müssen zu einer Ausgabestelle gehen, wo sie nur eine "Tagesration" an Menstruationsprodukten beziehen dürfen. Dies sind oftmals nur vier bis fünf Binden und zwei Tampons. Viele menstruierende Asylsuchende trauen sich gar nicht erst zur Ausgabestelle, da sie sich schämen. Auch Windeln werden nur stark rationiert ausgegeben und oftmals müssen die Eltern (meist alleinerziehende FLINTAs) improvisieren. Somit ist die medizinische Grundversorgung allgemein im Asylwesen desolat.

Deswegen fordern wir;

- **dass bei allen medizinischen Studien, welche auch Menschen mit Uterus betreffen, diese in die Studie integriert sind.**
- **dass während der Einführung für neues Personal im Spital/sonstige medizinische Einrichtung stark auf die Diskriminierung von FLINTAs, BIPOC und LGBTQIA+ Personen sensibilisiert wird.**
- **dass die Studien bzgl. rassistischer Diskriminierung ernstgenommen werden und der Faktor *race* nicht ohne Weiteres, oder nur mit starker Begründung und Einwilligung der Patient*innen benutzt werden darf.**
- **dass Menschen in Asylunterkünften, bei Bedarfsäusserung innerhalb eines Tages von einer medizinischen Fachperson gesehen werden. Dies beinhaltet auch psychische/psychiatrische Symptomaten.**
- **dass FLINTAs und Kinder in Asylunterkünften nicht mit Männern einen Raum teilen müssen und dass sie konsequent vor Übergriffen geschützt werden.**
- **dass in Asylunterkünften uneingeschränkt, bzw. gemäss geäussertem Bedarf Hygieneartikel zur Verfügung gestellt werden und die Ausgabe von medizinischem Fachpersonal (MPA, FaGe etc.) unterstützt wird und bei Bedarf auch Beratung stattfindet.**
- **dass in Asylunterkünften stets die Möglichkeit zu Dolmetschdiensten sichergestellt ist.**

JUGENDRECHTE

Wir streben ein politisches System an, das auf demokratischen Prinzipien beruht und allen Menschen gleiche Rechte und Pflichten garantiert. Mehr Mitsprache und demokratische Teilhabe in der Politik erweitern unsere Rechte. Die Politik sollte nach dem Grundsatz „Ein Mensch - eine Stimme“ funktionieren. Dafür müssen alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, sich politisch zu engagieren und Einfluss zu nehmen. Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Geschlecht oder finanzieller Situation dürfen keine Barrieren darstellen.

Junge Menschen engagieren sich aktiv für ihre Zukunft und wollen mitbestimmen. Seit der Klimastreikbewegung ist deutlich geworden, dass das Wahlrecht ausgeweitet werden muss. Die heutigen politischen Entscheidungen betreffen die Jugend sowohl aktuell als auch langfristig. Viele Jugendliche sind bereits in Jugendparlamenten, Jugendparteien und anderen Kollektiven aktiv.

Die Forderung nach einer Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist längst keine Utopie mehr. Der Kanton Glarus hat das Wahlalter 16 bereits 2007 eingeführt. Auch in Ländern wie Österreich und Malta sowie in den meisten deutschen Bundesländern dürfen Jugendliche ab 16 Jahren wählen.

Die Hürden für die Beteiligung am politischen System müssen gesenkt werden. Der aktive Einbezug von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist entscheidend für eine funktionierende Demokratie. Dieser Einbezug sollte von unten nach oben, also “bottom-up”, erfolgen, anstatt “top-down”. Junge Menschen sollten die Möglichkeit haben, ihre Gemeinschaft mitzugestalten, dabei aber die notwendige fachliche und finanzielle Unterstützung erhalten. Angebote müssen daher leicht verständlich auf die Zielgruppen zugeschnitten und gut zugänglich sein.

Deshalb fordert die JUSO Basel-Stadt:

- **die sofortige Ausweitung des aktiven Wahl- und Stimmrechts auf 16 Jahre.**
- **die sofortige Ausweitung des passiven Wahlrechts auf 16 Jahre.**
- **die Einführung eines Jugendvorstosses für das Jugendparlament des Kanton Basel-Stadt.**
- **die Erweiterung des schulischen Angebots für mehr politische Bildung.**
- **das Senken der Hürden für die Beteiligung am politischen System, sodass eine aktive Teilnahme von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gefördert wird.**

KULTUR FÜR ALLE

Einleitung

Art. 27 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verlangt, dass jeder Mensch das Recht hat, “am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.” Die JUSO Basel-Stadt setzt sich deshalb dezidiert dafür ein, dass alle Menschen Zugang zur Kultur erhalten und dass die Teilhabe und Teilnahme unserer diversen Gesellschaft auch im Bereich der Kultur gestärkt wird.

Die Kulturbotschaft des Bundes 2025-2028 fordert unter anderem die “Sicherstellung einer angemessenen Entschädigung professioneller Kulturschaffender und Verbesserung der beruflichen Rahmenbedingungen und der Chancengleichheit”. Dieses Ziel will die JUSO Basel-Stadt auch auf kantonaler Ebene vorantreiben und in der Kulturförderung verankern. Zudem sollen kulturelle Freiräume sowie die Jugend- und Clubkultur vom Kanton weiterhin gezielt gefördert werden.

Zugänglichkeit Kultur

Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein vielfältiges Angebot im Bereich Kultur. Dennoch haben immer noch wenige Menschen Zugang zu kulturellen Angeboten im Kanton. Die Stärkung der sozialen Nachhaltigkeit und die Förderung inklusiver Angebote müssen ein zentrales Ziel bleiben. Trotz unterschiedlicher Ermässigungsangebote ist der niederschwellige Zugang zu diesen nicht gewährleistet.

Der Kulturbegriff wird trotz partizipativer Erarbeitungsprozesse immer noch sehr eng definiert und hinkt neuen Formen des Kulturschaffens und unserer diversen Gesellschaft hinterher. Es müssen verbindliche Ziele und Strukturen geschaffen werden, die echte Teilhabe und Teilnahme am Kulturangebot gleichermaßen fördern. Zudem sollen zukunftsgerichtete - und unserer diversen Gesellschaft entsprechende - Formen der Kulturförderung und deren Entscheidungsprozesse entwickelt werden.

Damit alle Menschen an der Kultur teilhaben können und die Kultur in ihrer Vielfalt gefördert wird, fordert die JUSO Basel-Stadt:

- **die Stärkung der sozialen Nachhaltigkeit im Bereich der Zugänglichkeit von Kulturinstitutionen und -projekten.**
- **bessere Information, Kommunikation und Zugang zu Ermässigungsangeboten, wie der Kulturlegi.**
- **die Stärkung und das Sichtbarmachen von barrierefreien Angeboten sowie Unterstützung von Projekten und Institutionen im kulturellen Bereich, welche diese Ziele verfolgen.**
- **die Schaffung von teilhabeorientierten Fördergefässen.**
- **eine Kultur(förder)strategie, welche partizipativ und unter Einbezug der Bevölkerung und der gesamten Kulturakteur*innen im Kanton erarbeitet wird.**

- **die gezielte Unterstützung und Förderung von Projekten/Institutionen, welche partizipative und diversitätsorientierte Prozesse auf allen Ebenen anstreben.**
- **eine stärkere Förderung von inklusiven Angeboten im Bereich der Kultur.**

Kultur als Ort der Begegnung

Kultur bringt Menschen zusammen. Kulturelle Orte müssen dementsprechend als Orte der Begegnung gedacht werden. Durch die Schaffung von sogenannten “dritten Orten” werden Hürden für einen Besuch von kulturellen Angeboten abgebaut. Kulturelle Orte und öffentliche Freiräume, die mit Steuergeldern durch den Kanton finanziert werden, dürfen keiner Profitlogik folgen.

Deshalb fordert die JUSO Basel-Stadt:

- **öffentliche Räume, welche ohne Profitlogik agieren.**
- **die gezielte Schaffung und Förderung von Freiräumen ohne Konsumzwang.**
- **die Beachtung von kulturellem Freiraum bei der Planung und Umnutzung von Arealen, welche dem Kanton gehören.**

Jugend- und Clubkultur

Mit der Trinkgeldinitiative konnten wichtige Gefässe für die Förderung der Jugend- und Clubkultur geschaffen werden. Junge Menschen brauchen Räume, in denen sie den Austausch untereinander und gegenseitige Unterstützung finden. Die Schliessung des Sommercasinos führt dazu, dass einer der wichtigsten Orte für die Jugendkultur wegfällt. Einzelne Clubs, welche mit ihrem vielfältigen Angebot im Programm zum Nachtleben beitragen, erhalten trotz Umsetzung der Trinkgeldinitiative teilweise zu wenig Förderung, um ihr Überleben zu sichern.

Deshalb fordert die JUSO Basel-Stadt:

- **die Schaffung von Räumen für Jugendkultur (für Konsumierende und Künstler*innen).**
- **die Stärkung der Nachwuchsförderung.**
- **die Weiterführung und finanzielle Stärkung von Angeboten in der Jugendkultur.**
- **die Stärkung und Sicherung der Clubförderung.**

Ökonomische Situation Kulturschaffende

Sowohl die Kulturbotschaft des Bundes als auch das Kulturfördergesetz verlangen die Stärkung der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden. Der Kanton, welcher professionelle Ausbildungen im Kulturbereich jährlich mit hohen Summen unterstützt, steht in der Verantwortung, das Berufsleben von Kulturschaffenden zu ermöglichen und dafür existenzsichernde Gefässe zu schaffen.

Noch immer fehlt ein Zugang zur Förderung von Kulturschaffenden für alle Genres - vornehmlich aus der freien Szene. Dies führt dazu, dass zahlreiche Projekte immer noch ohne existenzsichernde Beiträge und unter prekären Bedingungen durchgeführt werden müssen.

Deshalb fordert die JUSO Basel-Stadt:

- **die Anerkennung von Kultur als Beruf.**
- **eine existenzsichernde Förderung von Kulturschaffenden in allen Sparten.**
- **die Stärkung von Beratungsangeboten.**
- **eine Sensibilisierung auf das Berufsleben in der Ausbildung.**
- **Monitoring des freien Kulturschaffens.**
- **neutrale Meldestellen und kostenfreie Rechtsberatung für Kulturschaffende.**

ÖFFENTLICHER VERKEHR

Verkehrsverlagerung

Für die JUSO ist klar, dass die Verkehrsverlagerung vom Auto- auf den Velo-, Fuss- und öffentlichen Verkehr wichtig ist, um sowohl die ökologischen Ziele wie die CO₂-Neutralität zu erreichen, als auch um Basel zu einem lebenswerteren Ort zu machen. Der ÖV mit seiner immensen Flächeneffizienz spielt dabei eine Schlüsselrolle. Das Basler ÖV-Netz ist zwar im Vergleich zu vielen anderen Orten relativ gut ausgebaut, jedoch besteht noch Verbesserungsbedarf.

Tramnetz

Das dichte Basler Tramnetz ist grundsätzlich eine wichtige verkehrstechnische Errungenschaft. Es ermöglicht den Transport vieler Menschen, und muss unbedingt gegen die Abbau- bis Abschaffungswünsche von Rechts geschützt werden, denn Busse bieten keinen ausreichenden Ersatz. Das Angebot muss erhalten und ausgebaut werden. Jedoch hat sich in den letzten Jahren wiederholt gezeigt, wie stark belastet und damit störungsanfällig das Tramnetz insbesondere in der Innenstadt ist. Nicht zuletzt führt der dichte Tramverkehr auch zu Geschwindigkeitsverlusten, was der Attraktivität des ÖVs schadet. Die JUSO begrüsst daher die vom Amt für Mobilität des Bau- und Verkehrsdepartements vorgestellten Pläne, im Rahmen des „Tramnetz 2030“ dank neuer Verbindungen durch Peters- und Claragraben das Netz zu entflechten, um die Zuverlässigkeit und die Fahrzeiten zu erhöhen sowie für mehr Ausweichmöglichkeiten bei Störungen zu sorgen. Auch für weitere Projekte, wie solche zur besseren Anbindung der neuen Entwicklungsareale (z. B. Tram Klybeck) und der Agglomeration (z. B. Margarethenverbindung, Tram Letten usw.), wird sich die JUSO einsetzen. Bei der Buslinie 30, die regelmässig stark überlastet ist, muss die geplante Umwandlung in eine Tramlinie, welche die Fahrgastmengen effizienter bewältigen kann, deutlich schneller vorangetrieben werden. All diese notwendigen Ausbauprojekte, über welche bereits seit mindestens einem Jahrzehnt (!) die Rede ist, kommen jedoch leider nur sehr schleppend voran. Die JUSO fordert, dass die Planungen zum Tramnetz 2030 zügig und entschlossen vorangetrieben werden. Um den ÖV noch weiter zu beschleunigen und damit noch attraktiver zu machen, ist es essentiell, weitere Massnahmen zu treffen. Dazu gehören beispielsweise die konsequente Priorisierung an Lichtsignalanlagen, wo möglich und sinnvoll eigene Fahrspuren zur Vorbeifahrt am Autoverkehr (wobei aber auch unbedingt die Bedürfnisse des Veloverkehrs und der Fussgänger*innen zu berücksichtigen sind), oder Kap-Haltestellen, an denen ein Überholen des Trams/Busses nicht möglich ist.

Beim Nachtnetz ist Basel-Stadt Vorreiter, und soll diese Rolle auch beibehalten. Dank dem Nachtnetz kommen viele Menschen, die am Wochenende nachts unterwegs sind, schnell und sicher zuhause an. Die JUSO setzt sich dafür ein, dass das Nachtnetzangebot noch weiter ausgebaut werden soll. Als ersten Schritt hierzu fordern wir einen flächendeckenden Halbstundentakt.

S-Bahn

Die S-Bahn der Region Basel lässt im Moment viel zu wünschen übrig. Für den Transport innerhalb der Stadt ist sie so gut wie unbrauchbar, und auch die Anbindung an die Agglomeration ist im Vergleich zu anderen Städten äusserst dürftig. Zusätzlich kommt es zu massiven Verzögerungen bei den verschiedenen Ausbauprojekten. So will uns der Bundesrat schon in naher Zukunft mit völlig anachronistischen, verkehrswissenschaftlich höchst fragwürdigen und klimaschädlichen Stadtautobahnen (Rheintunnel) beglücken, während es immer fraglicher wird, ob wir die S-Bahn-Durchmesserlinie "Herzstück" noch zu unseren Lebzeiten erleben werden. Das einst für 2030 veranschlagte Grossprojekt dürfte sich um ca. 40 Jahre (!) verzögern und wird überhaupt immer mehr in Frage gestellt, während Zürich bereits über 2 innerstädtische S-Bahn-Tunnels verfügt, die heute nicht mehr wegzudenken sind. Für einen attraktiven ÖV in der ganzen Region ist eine starke Vernetzung von Stadt und Umland mit einer schnellen und leistungsfähigen S-Bahn von zentraler Bedeutung. Aber auch abseits von Grossprojekten muss der Ausbau unbedingt stärker vorangetrieben werden. Zwar sind bei einzelnen Projekten wie den Umbauten der Bahnhöfe Basel SBB, Muttenz und Liestal endlich Fortschritte erkennbar, doch reicht dies nicht aus; gerade auf Stadtgebiet sollten beispielsweise die geplanten S-Bahn-Haltestellen Morgartenring und Solitude schnellstmöglich angegangen werden. Die JUSO wird sich deshalb für einen raschen Ausbau der S-Bahn starkmachen.

Finanzierung

Finanziert wird der ÖV derzeit einerseits durch die Billettverkäufe und andererseits durch öffentliche Gelder. Weil es sich bei den Billettpreisen um Pauschalbeträge handelt, die Menschen mit niedrigen Einkommen deutlich stärker belasten als solche mit hohem Einkommen oder Vermögen, sieht die JUSO dieses Finanzierungsmodell kritisch. Eine ausschliessliche Finanzierung durch die öffentliche Hand wäre sozialer (durch die Erhöhung ihrer Mobilität wird z. B. Arbeitslosen die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtert), aber auch effizienter (da z. B. die bürokratische Einnahmenverteilung auf die verschiedenen Transportunternehmen wegfallen würde). Die JUSO fordert deshalb eine starke Senkung der pauschalen Billettpreise und langfristig den Gratis-ÖV, wie es ihn beispielsweise in Montpellier oder Luxemburg gibt.

Barrierefreiheit

Bei der Verbesserung der ÖV-Nutzung für mobilitätseingeschränkte Personen (vor allem beim autonomen Ein- und Aussteigen) werden zwar endlich Fortschritte gemacht. Der behindertengerechte Umbau der Haltestellen hätte gemäss Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) bereits bis 2023 flächendeckend erfolgen sollen und hat sich enorm verzögert, und davon ist man immer noch weit entfernt. Deshalb will die JUSO im Grossen Rat das Thema mit Nachdruck vorantreiben.

Betriebsstruktur und Arbeitsbedingungen

Die JUSO setzt sich ausserdem für eine Wiedereingliederung der BVB in die kantonale Verwaltung ein. Die BVB wurde im Jahr 2006 aus ideologischen, marktradikalen Gründen aus der Verwaltung ausgegliedert. In der Folge dieses Fehlentscheids schieben sich nun der Grosse Rat, das Verkehrsdepartement und die BVB-Verwaltung regelmässig die Verantwortung gegenseitig zu, was eine entschiedene Problemlösung erschwert. Zudem hat die rein betriebswirtschaftliche Führung der BVB nach dem Modell einer Aktiengesellschaft zu grossen Lohnscheren geführt: Die Löhne der obersten BVB-Verwaltung sind enorm angestiegen, im Vergleich dazu fielen die Lohnerhöhungen für das Personal kläglich aus. Auch sonst haben die Arbeitsbedingungen unter der Pseudoprivatisierung gelitten. In letzter Zeit ist es zudem immer häufiger zu Angriffen auf das Personal gekommen. Für die JUSO ist klar, dass es höhere Löhne, aber auch mehr Mittel für gute und sichere Arbeitsbedingungen braucht, sowie allgemein mehr Wertschätzung für das Personal.

Deswegen fordern wir:

- **den Aus- und Umbau der Netze von Tram, Bus und S-Bahn, orientiert an den Bedürfnissen der Menschen.**
- **tieferen, auch für untere Einkommensschichten bezahlbaren Billettpreisen.**
- **langfristig den Gratis-ÖV.**
- **einen barrierefreien ÖV.**
- **die Wiedereingliederung der BVB in die kantonale Verwaltung, und damit verbunden Verbesserungen der Löhne und Arbeitsbedingungen für das Personal.**